

GÖTTINGEN

SPD



**SOLIDARITÄT
UND TEILHABE**
Positionspapier

**HIER WILL ICH
LEBEN.**

GÖTTINGEN.



THESENPAPIER

POSITIONSPAPIER

PROGRAMMFABRIK

**PROGRAMM ZUR
KOMMUNALWAHL 2016**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 2
Wirtschaft und Wissenschaft in Göttingen	Seite 3
Gute Arbeit in Göttingen	Seite 6
Soziales Göttingen: Solidarität und Teilhabe	Seite 9
Zusammenleben in Göttingen – Integration meistern	Seite 13
Bildung – Chancen – Potentiale	Seite 16
Wohnen in Göttingen	Seite 19
Mobilität neu denken	Seite 22
Kulturelle Vielfalt und Teilhabe in Göttingen	Seite 25
Ehrenamt in Sport und Freizeit in Göttingen	Seite 28

Vorwort

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner Göttingens,

mit diesem Wahlprogramm legt die SPD-Göttingen ihre Vorstellungen und Ziele für die Zukunft der Stadt Göttingen vor.

Dabei die folgenden neun Themen die zentralen Handlungsfelder unserer Politik.

- » Wirtschaft in Göttingen
- » Gute Arbeit in Göttingen
- » Soziales Göttingen: Solidarität und Teilhabe
- » Zusammenleben in Göttingen – Integration meistern
- » Bildung – Chancen – Potentiale
- » Wohnen in Göttingen
- » Mobilität neu denken
- » Kulturelle Vielfalt und Teilhabe in Göttingen
- » Ehrenamt in Sport und Freizeit in Göttingen

Unser Wahlprogramm soll uns als Richtschnur dienen und Ihnen liebe Bürgerinnen und Bürger unsere Ziele für die nächsten fünf Jahre im Rat der Stadt Göttingen vorstellen.

Das fertige Programm steht am Ende eines langen Diskussionsprozesses innerhalb der SPD und mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Zunächst haben wir in vielen Quartiersbegehungen

und Gesprächen mit Vereinen und Verbänden, Initiativen, Schulen, Kindergärten und Einwohnerinnen und Einwohnern Anregungen gesammelt, die in die Formulierung von neun Thesenpapieren eingeflossen sind. – Diese Thesen haben wir dann auf fünf Bürgerforen – wir nannten sie Programmfabriken – vorgelegt. Bürgerinnen und Bürger und Fachleute waren eingeladen mit uns zu diskutieren, ihre Kritik zu äußern und ihre Anregungen einzubringen. Vieles davon ist dann in die endgültige Formulierung des Wahlprogramms eingeflossen. Für uns war das ein lehrreicher Weg. Wir hoffen, damit bei vielen Punkten des nun fertigen Programms ins Schwarze getroffen zu haben.

Wenn Sie nach der Lektüre des Programms oder einzelner Kapitel Fragen oder Anregungen haben, dann nehmen Sie doch bitte Kontakt mit uns auf – am Wahlkampfstand oder per Telefon und Internet. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.

Ihre SPD-Göttingen

Wirtschaft und Wissenschaft in Göttingen

Göttingen ist der Wirtschaftsmotor in der Region Südniedersachsen. Das Zusammenwirken von Wirtschaft und Wissenschaft, die gute Erreichbarkeit über zentrale Verkehrsadern und ihr großes Innovationspotential machen die Stadt zu einem aufstrebenden Oberzentrum mit Strahlkraft. Diese Stärken gilt es auch in Zukunft weiter zu entwickeln, optimal zu nutzen und die Ansiedlung von weiteren Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten voranzutreiben. Die SPD wird den Standort Göttingen dabei mit aller Kraft unterstützen.

Innovationskraft fördern

Göttingen hat mit seiner Universität, den beiden Fachhochschulen und mit seinen zahlreichen Forschungseinrichtungen, wie z. B. den Max-Planck-Instituten, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt ein hohes Potential an Innovationskraft. Sie alle geben Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung. Im Umfeld der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen haben sich zahlreiche Ausgründungen auf dem internationalen Markt etabliert. Dies bietet auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Chance, nach ihrer Ausbildung hier in der Stadt eine Beschäftigung zu finden.

- » Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Forschungseinrichtungen und Hochschulen in unserer Stadt auch weiterhin optimale Entwicklungsbedingungen vorfinden.
- » Deshalb arbeiten wir dafür, dass sich aus der bisherigen Ansiedlung der Fraunhofer-Gesellschaft in Göttingen ein weiteres Institut entwickelt.

Die Impulse dieser wissenschaftlichen Einrichtungen treiben auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Stadt voran. Die besonderen Stärken der Wirtschaft in Göttingen und der Region in den Bereichen Life Sciences, Clean Technology, Messtechnik, Medizintechnik, Biotechnologie, Gesundheitswirtschaft

und Mobilität haben hier ihren Ursprung und versprechen ein weiteres großes Wachstumspotential.

Die Stadt fördert diese Unternehmen durch den Ausbau und die Erschließung von hochwertigen Gewerbeflächen im Sciencepark. Mit dem Technologie- und Gründerzentrum GoeTec auf den Zietenterrassen erhalten Start-Ups in der Gründungsphase optimale Bedingungen.

- » Um diese Entwicklung weiter zu fördern, werden wir uns für den Aufbau eines weiteren Gründerzentrums engagieren.

Technologietransfer verstärken

Die Potentiale des Forschungsstandortes Göttingen können auch für andere Betriebe – vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen (KMU) – in der Stadt und der Region nutzbar gemacht werden. Dafür werden wir die Rolle der Universität und der Fachhochschulen als Innovationsmotoren für die Stadt und des Umlandes weiter ausbauen. Der Wissenstransfer über Köpfe und über kooperative Forschungsvorhaben aus den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft ist für die gesamte Region eine große Chance. Der sich im Aufbau befindende „Gesundheitscampus“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie dem Fachkräftemangel gezielt entgegengewirkt werden kann.

Mit dem Südniedersachsen Innovationscampus (SNIC) ist ein erster erfolgversprechender Schritt in Richtung Technologietransfer getan. Mit dem Südniedersachsenprogramm der Landesregierung sollen 50 Millionen Euro Fördermitteln für die Region zur Verfügung gestellt werden. Wir werden unsere Kräfte bündeln, um diese Ressourcen dafür optimal zu nutzen. Hiervon sollen vor allem auch die kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren Arbeitnehmern profitieren. Gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung brauchen sie intensive und qualifizierte Beratung.

- » Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass der Technologietransfer intensiviert und durch eine gute Beratung über die Nutzung von Fördermitteln auf eine solide Basis gestellt wird. Wir treten deshalb für gemeinsame Forschungsvorhaben von Hochschulen und Wirtschaft und die gezielte

Etablierung von Studiengängen zur Deckung des Fachkräftebedarfes gerade von kleinen und mittelständischen Unternehmen und dem Handwerk ein. Dafür werden wir geeignete Maßnahmen (wie z. B. Kontaktbörsen und Informationsveranstaltungen) anregen und unterstützen, mit denen eine engere Zusammenarbeit initiiert werden kann. Dazu werden wir das Südniedersachsen-Programm der Landesregierung nutzen, zum Beispiel indem durch den Südniedersachsen-Innovations-Campus Vernetzungsarbeit intensiviert werden kann.

Universitätsmedizin Göttingen (UMG) und Gesundheitswirtschaft

Mit rund 7000 Beschäftigten ist die Universitätsmedizin nicht nur einer der wichtigsten Arbeitgeber der Region. Sie ist zugleich auch wichtig für die Gesundheitsversorgung der Region und ein wichtiger Forschungsstandort.

Die UMG ist – neben anderen Krankenhäusern wie z. B. das Evangelische Krankenhaus Weende - auch ein zentraler Partner in der Gesundheitsregion Göttingen e.V. Dieser Verbund sorgt für die Vernetzung aller Bereiche der Gesundheitswirtschaft und der medizinischen Versorgung in der Region. Sie ist zusammen mit der Fachhochschule (HAWK) der Kern des Gesundheitscampus, mit dem mehr medizinisches Fachpersonal gut qualifiziert werden kann.

- » Wir werden die UMG weiter in allen Belangen unterstützen. So z. B. dabei, dass der von der niedersächsischen Landesregierung bereits jetzt mit 800 Mio. Euro geförderte Neubau und die Modernisierung mit weiteren Fördermitteln weiter geführt werden kann.
- » Wir werden uns aber auch um die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmern. Dazu gehören die bessere Anbindung des Klinikums an den öffentlichen Nahverkehr, die Versorgung aller Beschäftigten mit JobTickets und die Einführung eines Mobilitätskonzeptes.

Logistikwirtschaft zukunftsfähig entwickeln

Durch die 2015 abgeschlossene Erschließung des Güterverkehrszentrums II und den Anschluss an die Autobahn hat Göttingen 140.000 m² Logistikfläche zur Vermarktung bereitgestellt. Damit konnte das GVZ am Güterbahnhof regionale und internationale Kooperationen eingehen. Es hat so einen enormen Aufschwung erfahren. Diese erfolgreichen Kooperationen fördern zugleich die Ansiedlung weiterer Dienstleister und Logistikunternehmen, die unterschiedlichste Arbeitsplätze zur Verfügung stellen: vom hoch spezialisierten Ingenieur bis zum Lageristen und Helfer.

Zu den optimalen Rahmenbedingungen der Logistikwirtschaft in Göttingen zählen auch Forschung und Lehre. Die Universität Göttingen leistet mit einer Professur für Produktion und Logistik wichtige Unterstützung für ihre Konkurrenzfähigkeit. Die Private Fachhochschule und die Berufsakademie bieten Studiengänge für Logistik Management und e-Logistik an.

- » Für uns ist es ein zentrales Ziel den Logistikstandort Göttingen – so auch mit der Entwicklung des Logistikparks am Siekanger – weiter zukunftsfähig zu entwickeln.

Das Handwerk braucht Nachwuchs

Das Handwerk ist ein der zentraler Stützpfeiler unserer Wirtschaft. Vom großen Unternehmen bis hin zu jedem Haushalt, das Handwerk ist unverzichtbar. Deshalb ist die Ausbildung von genügend und gut ausgebildeten Nachwuchskräften eine zentrale Aufgabe. Wir wollen darum die Attraktivität der handwerklichen Ausbildung zu stärken.

- » Deshalb setzen wir uns für die Verbesserung der Berufsorientierung an den Schulen ein. Wir unterstützen die Initiativen der bestehenden Verbände zur ausreichenden Deckung des Fachkräftebedarfs.
- » Wir werden auch dafür sorgen, dass die schulische Ausbildung an den Berufsschulen für die Auszubildenden attraktiv bleibt und erreichbare Berufsschulstandorte erhalten werden. Dafür werden wir nach Lösungen suchen und Lösungsansätze der Handwerkskammer unterstützen.

Sparkassen brauchen eine Lobby

Die deutschen Sparkassen als kommunale Institute haben einen öffentlichen Auftrag und sind mit diesem Geschäftsmodell einmalig in Europa. Dieses Modell muss weiter erhalten bleiben. In der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise stellten sie auch den kleinen und mittleren Unternehmen und dem Handwerk weiterhin Kredite zur Verfügung, ohne sich in riskante Anlagenberatungen und Spekulationen zu verwickeln.

Ihr Geschäftsmodell gerät zunehmend unter Druck. Vor allem trägt die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die durch die Bankenkrise ausgelöste Bankenregulierung dazu bei, dass sie höhere Kosten und sinkende Einnahmen zu verkraften haben. Das überfordert auch die kleineren Institute in unserer Region zunehmend und zwingt sie, Zweigstellen zu schließen. Dazu trägt auch die steigende Bedeutung des Online-Bankings bei.

- » Die SPD setzt sich dafür ein, dass für die Sparkassen andere Regeln gelten als für die großen Geschäftsbanken. Sie sollen weiterhin in der Lage sein, den kleinen und mittleren Unternehmen und dem Handwerk Kredite zu guten Konditionen zu ermöglichen. Das ist elementare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. – Es ist aber auch wichtig für die Kunden und Kundinnen der Göttinger Sparkasse. Denn nur so kann die Sparkasse auch für Bürgerinnen und Bürger bei der Gebühren- und Zinsentwicklung attraktiv bleiben.
- » Im Falle weiterer Fusionen mit anderen Sparkassen werden wir für einen mindestens 50-Prozent-Anteil der Stadt Göttingen eintreten.

Die Innenstadt – das Gesicht der Stadt

Was wäre unsere Innenstadt ohne das breite Angebot des Handels und der Dienstleister. Wie würde unsere Stadt auf die Besucher wirken, wenn die Innenstadt nur noch aus den Läden großer Ketten und gastronomischen Einrichtungen bestünde. Unsere Stadt würde an Charme verlieren, wenn die eigentümergeführten Läden aus der Stadt verschwänden. Deshalb müssen sie erhalten bleiben.

- » Wir setzen uns für ein Einzelhandelskonzept ein,

dass die Interessen der Geschäfte in der Innenstadt berücksichtigt. Der innerstädtische Einzelhandel ist für unsere Stadt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, er füllt die Stadt mit Leben.

- » Bei der anstehenden Umsiedlung der Sparkasse an das Groner Tor werden wir darauf achten, dass in den frei werdenden Gebäuden eine für die Stadt attraktive und den Einzelhandel in der Innenstadt stärkende Nachnutzung erfolgt. Dies wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Wahlperiode sein.

Wir verstehen den Tourismus auch als Bestandteil des Stadtmarketings und streben an, dass die verschiedenen Tourismusmittel, die den verschiedenen Trägern zur Verfügung gestellt werden, gebündelt werden.

- » Wir sehen die Stadt und die aktiven Geschäfte in der Innenstadt als eine Gemeinschaft, die zusammenwirkt, um die Stadt attraktiver für Wochenend- und Shoppingtouristen zu machen.

In dieses Konzept wollen wir auch die vielen Festivals, die wissenschaftlichen Symposien und Tagungen mit einbinden. Die Kulturwirtschaft ist eine wichtige Säule des Lebens in der Innenstadt. Dazu gehört auch das Engagement vieler Betriebe im Kulturbereich.

- » Wir werden daher auch weiterhin für die Kulturwirtschaft verlässlicher Ansprechpartner sein und uns auch in finanziell schlechten Zeiten für eine Kulturförderung und die weitere Stärkung der Kulturwirtschaftsbetriebe engagieren.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch private Initiativen für die Entwicklung ihres Quartiers unterstützt werden. Ein vitales Oberzentrum braucht eine attraktive, lebendige und auch bunte Innenstadt. Sie muss allen Menschen Aufenthaltsplätze bieten. Eine lebendige Innenstadt ist ein guter Motor für die Dienstleister und Einzelhändler in der Stadt.

- » Wir engagieren und auch für vielfältige Sitzgelegenheiten und attraktive Spielplätze mit einem kindgerechten Spielangebot.

Wir wissen dabei: Nur mit einer lebendigen Innenstadt können dort auch Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Auch deshalb stehen wir für eine lebendige Innenstadt mit einem Mix aus Wohnen, Gewerbe, Handel und Gastronomie.

Gute Arbeit in Göttingen

Die Erwerbsarbeit spielt in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle. Sie schafft die finanzielle Grundlage für die Existenzsicherung, der gesellschaftlichen Anerkennung und die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und Integration.

Die SPD steht für gute Arbeit. Wir treten für existenzsichernde und gerechte Bezahlung ein. Es kann nicht sein, dass es immer noch viele Beschäftigte gibt, die aufstockende Leistungen erhalten. Aber gute Arbeit ist mehr als guter Lohn – auch gesunde und faire Arbeitsbedingungen gehören dazu. Für diese Ziele arbeiten wir mit allen Mitteln der Kommunalpolitik.

Arbeit ist auch die beste Form der Armutsbekämpfung. Deshalb werden wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um die Arbeitslosenquote in Göttingen weiter zu senken. – Dies ist auch ein Beitrag zur Wirtschaftskraft der Stadt, denn es sind Göttinger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hier einkaufen und so den Wirtschaftsstandort sichern.

Arbeitslosigkeit gemeinsam bekämpfen

Unser wichtigstes Ziel ist es, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu erhalten und Menschen in Arbeit zu integrieren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen und Bedarfsgemeinschaften wollen wir noch weiter reduzieren. Dafür benötigen wir ausreichend reguläre Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

- » Wir werden deshalb die Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten unterstützen, um Personalabbau zu verhindern und zugleich die regionalen Bedarfe noch besser zu ermitteln.

Wir wissen aber auch um unsere Verantwortung für die Menschen, die schon lange auf der Suche nach einer existenzsichernden Arbeit sind. Wir wollen allen die gleichen Chancen ermöglichen und auch diejenigen intensiv unterstützen, deren Weg in den ersten Arbeitsmarkt erschwert ist. Dabei werden wir uns – auch in Zeiten knapper Mittel – nicht nur auf Personengruppen konzentrieren, bei denen das Ziel der Arbeitsaufnahme schnell und kostengünstig erreichbar ist.

Dabei ist öffentlich geförderte Beschäftigung solange unverzichtbar, wie die Aufnahmefähigkeit des ersten Arbeitsmarktes nicht in der notwendigen Höhe gegeben ist. Sie muss aber das letzte verbleibende Mittel sein und an Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf ausgerichtet werden.

Für Langzeitarbeitslose und für Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen ist oft der 2. Arbeitsmarkt die einzig mögliche Alternative. Dieser muss sinnvoll ausgestaltet werden und sich sowohl am Einzelfall als auch am regionalen Arbeitsmarkt orientieren. Zentral ist es dabei, den betroffenen Personen weiterhin den Zugang zu Qualifizierungen zu ermöglichen, damit sie sich in dieser Zeit weiterbilden können.

- » Wir werden uns deshalb für ein gemeinsames, abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten auf dem Arbeitsmarkt einsetzen.
- » Wir stehen aber auch für eine gezielte Förderung des Abbaus von Vermittlungshemmnissen und zum Aufbau persönlicher Kompetenzen. Dafür wollen wir geeignete Programme weiter ausbauen. Das städtische JobCenter mit seinen Beschäftigungsprojekten ist hierfür eine wichtige Säule.
- » Zugleich wollen wir, dass konkrete Qualifizierungsbedarfe Einzelner besser ermittelt und die erforderlichen Angebote mit den Bildungsträgern vor Ort effektiver koordiniert werden. In Absprache mit dem Landkreis wollen wir dabei einen Abbau bürokratischer Hemmnisse erreichen.

Oft wird bereits mit dem Schulabschluss der Weg in die Arbeitslosigkeit angelegt. Jugendliche mit einem schlechten Abschluss haben oft geringere Chancen auf eine reguläre Ausbildung im Dualen System. Für sie werden wir alternative Förderungsmöglichkeiten unterstützen, die parallel zu den klassischen Ausbildungsverhältnissen laufen (u. a. außerbetriebliche Berufsausbildung). Dabei wissen wir: Außerbetriebliche und schulische Ausbildungen sind auf dem Arbeitsmarkt nicht immer gleichermaßen anerkannt. Sie erschweren die Chance im Anschluss eine Beschäftigung zu finden. Für uns ist es daher wichtig, den Übergang von der Schule in betriebliche Ausbildung gemeinsam mit den Schulen stärker zu unterstützen und zu fördern.

- » Wir werden deshalb Verbände für eine enge Verzahnung von Schulen, IHK und Arbeitgebern unterstützen und fördern.
- » Gemeinsam mit ihnen wollen wir an der Gestaltung einer regionalen Ausbildungsplatzgarantie arbeiten, wie sie unter anderem in Hamburg erfolgreich umgesetzt wird.

Faire Löhne und Arbeitsbedingungen

Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Wirtschaft sind die Sache der Tarifpartner. Für uns gilt hier die Tarifautonomie. Deshalb werden wir uns kommunalpolitisch nicht unmittelbar einmischen. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung hier ihre Vorbildfunktion erfüllt. Sie muss Vorbild für sichere, faire und gute Arbeit sein. In den stadteigenen Betrieben, Gesellschaften und Betrieben mit städtischer Beteiligung wird es mit uns keine prekären Arbeitsverhältnisse geben. Zugleich muss auch dort gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

- » Wir werden deshalb dort auf weniger Zeitarbeit und weniger Befristungen bestehen. Vollzeit muss die Regel sein. Beschäftigung in Teilzeit soll es nur auf eigenen Wunsch und mit der Möglichkeit zur Rückkehr in Vollzeit geben. Minijobs und geringfügige Beschäftigungen sollten die Ausnahme darstellen.
- » Auch bei den Sozialleistungen darf es keinen Unterschied zwischen Beschäftigten geben. Die Arbeitsverhältnisse müssen systematisch geprüft, schnellstmöglich angepasst und Missstände abgestellt werden.
- » Wir werden uns auch auf eine geschlechtergerechte Eingruppierung und Bezahlung engagieren und dies eng mit den Gleichstellungsbeauftragten abstimmen.
- » Bei den Ausschreibungen der Stadt werden wir verstärkt auf gute Arbeitsbedingungen und die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien achten. Aufträge sollen nur an Betriebe mit sozialverträglichen Arbeitsbedingungen vergeben und Subunternehmen besser kontrolliert werden, um auf Tariftreue und die Einhaltung des Mindestlohnes zu drängen.

Fachkräfte ausbilden und halten

Göttingen bildet als Hochschulstandort die akademischen Fachkräfte von morgen aus. Viele der in der Region ansässigen Unternehmen bieten eine hochwertige Ausbildung im Dualen System an. Die Stadt nutzt ihre eigenen Möglichkeiten und bildet über ihren Personalbedarf hinaus aus. Wir haben also ein hohes Potenzial an qualifizierten Absolventen – allerdings nicht in allen Bereichen, wie z. B. bei den Pflegeberufen. Dort werden wir ansetzen und Maßnahmen zur Beseitigung des Fachkräftemangels und Initiativen zur allgemeinen Deckung des Fachkräftebedarfs unterstützen.

- » Wir werden deshalb alle Projekte – wie z. B. den Gesundheitscampus – in Stadt und Region fördern, die auf die Beseitigung sektoraler Defizite bei der Fachkräfteausbildung ausgerichtet sind. Dabei werden wir das Südniedersachsenprogramm nutzen.
- » Wir werden auch die passgenaue Ausbildung von Fachkräften durch die Optimierung des Überganges von der Schule in die Ausbildung im Auge haben. Hier kommt es darauf an, den Schulabgängern und Schulabgängerinnen durch intensive Beratung den Weg in einen Beruf ihrer Wahl zu ebnen und zugleich auf freie Ausbildungsplätze aufmerksam zu machen.
- » Viele Göttinger Unternehmen sind bereit, jungen Menschen einen guten Ausbildungsplatz zu bieten, können aber nicht alle vorgegebenen Ausbildungsinhalte alleine abdecken. Deshalb werden wir Ausbildungskooperationen unterstützen.
- » Für uns ist auch die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende und für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wichtig. Die ungenutzten Potentiale von Arbeitslosen und Geringqualifizierten müssen durch passende Weiterbildungsangebote stärker erschlossen werden. Unser Ziel ist dabei ein qualifizierter Berufsabschluss für alle.

Dies alles dürfen jedoch keine Einzelmaßnahmen bleiben. Sie müssen durch professionelle Vernetzungsstrukturen zwischen allen regionalen Bildungsträgern und -einrichtungen, den Sozialpartnern und

ihren Verbänden und den kommunalen Akteuren ergänzt und vor allem koordiniert werden.

- » Wir werden ausgehend von bestehenden Initiativen, wie z. B. der Bildungsregion Göttingen, der Fachkräfteinitiative Südniedersachsen und dem regionalen Übergangsmangements eine sehr enge Verknüpfung und Koordinierung aller Akteure in diesem Bereich in Form eines Netzwerks für Bildung und Ausbildung anstreben.

Dabei müssen auch die Hochschulen einbezogen werden. Viele Studierende bewerben sich nach dem Studium in andere Regionen. Ihnen fehlt trotz Beratungsangeboten (Career Service der Uni) oft ein guter Überblick über ihre Berufsmöglichkeiten vor Ort, die regionalen Betriebe und die Tätigkeitsbereiche, Chancen und Bedarfe. Auch hier bietet ein Bildungsnetzwerk gute Möglichkeit, um durch gezielte Informationen schon im Studium Abwanderungstendenzen zu minimieren.

Fachkräfte werben durch weiche Standortfaktoren

Um den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften zu sichern, kommt es aber auch darauf an, dass unsere Stadt als soziales und kulturelles Umfeld attraktiv bleibt und anziehender wird. Für das Gewinnen und Halten von Fachkräften ist eine attraktive und lebenswerte Stadt ein entscheidender Faktor. Die SPD wird mit ihrer Politik in den verschiedenen Bereichen der Stadtgesellschaft die Rahmenbedingungen dafür schaffen:

- » Wir wollen Unternehmen mit Beratungs- und Finanzierungsangeboten unterstützen, um so mehr Betriebskindergärten, die Umsetzung von Teilzeitangeboten und familienfreundliche Arbeitsbedingungen voranzubringen. Hierfür möchten wir mit Experten und Arbeitgebern gemeinsam Konzepte erarbeiten und weiterentwickeln.
- » Viele Frauen sind gut ausgebildet, werden aber nach ihrer Ausbildung aufgrund eines Bündels gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und Zwänge zur Entscheidung gegen eine berufliche Karriere gedrängt bzw. bleiben bei der Berufswahl weit unter ihrem Qualifikationsniveau. Wir werden Frauen darum noch besser fördern und Betriebe bei ähnlichen Ansätzen unterstützen.

Daneben haben wir in diesem Wahlprogramm weitere Maßnahmen vorgeschlagen, die die Stadt attraktiver machen:

- » Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Stadt besitzt ein hervorragendes Freizeit- und Kulturangebot. Dies wollen wir erhalten und weiter ausbauen.
- » Für viele spielt eine attraktive Innenstadt, bezahlbarer Wohnraum und gute Infrastruktur eine wichtige Rolle. Auch hier haben wir Konzepte entwickelt, die unsere Stadt attraktiver machen.
- » Um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. von Pflege und Beruf immer wichtiger. Darauf sind insbesondere unsere Ziele in der Sozial- und Bildungspolitik auch ausgerichtet.

Soziales Göttingen: Solidarität und Teilhabe

Die SPD steht für ein solidarisches Göttingen. Der Zusammenhalt der Stadt zeigt sich darin, in welchem Maß allen Menschen – auch Schwächeren – die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist. Alle haben das Recht ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu gehört auch die Teilnahme an Entscheidungen und die Chance selbst Verantwortung zu übernehmen. Bedingung dafür ist einen respektvoller Umgang miteinander und die Bereitschaft sich gegenseitig zu helfen ohne zu bevormunden. Wenn wir alle mitnehmen und niemanden zurücklassen, kann Göttingen davon nur profitieren und an Attraktivität gewinnen. Der Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur ist eine Investition in die Lebensqualität unserer Stadt.

Die existierenden Ungleichheiten lassen sich über die Mittel der Kommunalpolitik nicht komplett beseitigen. Wir werden aber auch hier engagiert daran arbeiten, Benachteiligungen abzubauen und allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dabei verstehen wir Teilhabechancen und den sozialen Zusammenhalt als Querschnittsaufgabe.

Hilfe für Menschen in schwierigen Lebenslagen

Insbesondere Menschen in schwierigen Lebenslagen benötigen Unterstützung. Göttingen besitzt schon heute dafür gut ausgebaute Hilfesysteme und ein Netzwerk verschiedener Träger. Wir wollen aber noch stärker dafür sorgen, in allen Stadtteilen einen gleichwertigen Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen.

Wir wollen die Ressourcen besser bündeln und strukturieren, um die passenden Angebote für alle Menschen vor Ort vorzuhalten. Bei dieser Aufgabe möchten wir Träger, Interessenverbände und Selbsthilfeorganisationen früh einbinden. Sie haben fundierte Kenntnisse über die besonderen Bedarfe in den Stadtteilen.

Der Sozialbereich leidet sehr unter der Kurzfristigkeit bei der Projektfinanzierung. Nicht immer können Folgefinanzierungen für gute Projekte erreicht werden. Die geschaffenen Strukturen gehen so verloren und müssen mühsam wieder aufgebaut werden. Wir wollen uns einen umfassenden Überblick über die laufenden Projekte schaffen, um Möglichkeiten der Weiterführung gemeinsam in die Wege zu leiten.

- » Wir werden deshalb prüfen, in welchen Bereichen Angebote fehlen und in Kooperation mit den zuständigen Trägern eine Landkarte der sozialen Infrastrukturen erstellen, um einen möglichst differenzierten Überblick über die vorhandenen Netzwerke zu erhalten.

Wir wollen unser Augenmerk noch stärker auf Menschen in besonderen Notsituationen richten. Dabei streben wir eine Vernetzung aller Träger an, weil immer mehr Menschen unter multiplen Problemlagen (Wohnungssuche, Schulden, Sucht, Gesundheit etc) leiden. Insbesondere für sozial Schwache, chronisch Kranke, Suchtkranke und ältere Menschen wird in diesem Zusammenhang eine gute Gesundheitsvorsorge immer wichtiger.

Oftmals existieren für Familien in Problemlagen – z. B. für Kinder oder Eltern – unterschiedliche Ansprechpartner. Zugleich sind die Übergänge nicht geregelt. Das Ende der Hilfeleistung ohne Nachsorge erfolgt dann sehr abrupt für den Betroffenen und ihre Familie. Zwingend notwendig sind deshalb ortsnahe niedrigschwellige Kontakt- und Anlaufstellen, damit die Hürden zur Hilfesuche überwindbar sind.

- » Wir werden deshalb die bereits vorhandenen Stadtteil- und Gemeinschaftszentren noch weiter ausbauen, um diese Strukturen weiter zu stärken.
- » Zugleich treten wir für bessere Absprachen und Kompetenzaufteilung unter den Akteuren ein. Es darf kein Nebeneinander geben sondern klare Verantwortlichkeiten.

Für Menschen mit Behinderung wollen wir in Göttingen eine optimale Teilhabe am Leben der Stadt in allen Bereichen ermöglichen.

- » Deshalb werden wir uns in allen Bereichen für die völlige Inklusion von Menschen mit Behinderungen engagieren und die Barrierefreiheit in allen

öffentlichen Einrichtungen anstreben.

- » Beim Wohnungsbau werden wir darauf achten, dass mehr barrierefreie Wohnungen errichtet werden.

Mobilität ist ein wichtiger Baustein, um Benachteiligungen zu beseitigen. Der ÖPNV in Göttingen ist bereits jetzt gut aufgestellt. Die Fahrkartenpreise werden an den Möglichkeiten der Menschen mit geringem oder keinem Einkommen (auch Studierende) ausgerichtet. Dies kann aber noch optimiert werden.

- » Wir werden prüfen, ob und wie die Tarife regelmäßig an die sich wandelnden Bedingungen angepasst werden. Dabei können Sondertarife für sozial Schwache eine sinnvolle Lösung sein. Wir wollen deshalb weitere Vergünstigungen für sozial Schwache in Göttingen prüfen und ggf. ausbauen – nicht in der Höhe, jedoch in der Differenziertheit des Angebotes.

Göttingen – soziale Stadt für jedes Alter

In den sozialen Einrichtungen der Stadt gibt es einen hohen Bedarf an Pflegekräften und pädagogischem Personal. Aufgrund harter Arbeitsbedingungen und geringer Bezahlung ist es jedoch schwer dafür qualifizierte Fachkräfte zu finden. Wir werden deshalb auf allen Ebenen dafür arbeiten, diese Bedingungen zu verbessern. Denn nur mit gut ausgebildetem und ausreichend Personal kann Qualität in den verschiedenen Einrichtungen erhalten und ausgebaut werden.

- » Als ersten Schritt streben wir darum einen besseren Personalschlüssel im Sozialbereich an.

Wir wollen auch die Möglichkeiten des generationenübergreifenden Austauschs verbessern und Orte schaffen, an denen man sich kennenlernen und gegenseitig helfen kann. Diese Anlauf- und Begegnungsstellen wollen wir noch weiter stärken.

- » Deshalb setzen wir uns für weitere Spielplätze mit Angeboten für verschiedene Altersgruppen sowie Familien- und Mehrgenerationenzentren ein.

Immer wichtiger wird eine ganzheitliche gesundheitliche Versorgung in jedem Alter. Dabei geht es um Gesundheitsvorsorge, Prophylaxe und Nachbetreu-

ung u. a. in betreuten Wohneinrichtungen z. B. nach einer Rehabilitation. Hier müssen qualitativ hochwertige Strukturen aufgebaut werden.

Als flankierende Maßnahmen im Sozialbereich wollen wir Unternehmen unterstützen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betriebliche Gesundheitsvorsorge anbieten, wie z. B. Obsttage, Firmenfahrräder oder den Besuch von Sportstätten fördern.

Und nicht zuletzt treten wir dafür ein, dass die Menschen noch besser und umfassend über alle zu Verfügung stehenden Möglichkeiten und Programme im Sozialbereich informiert werden.

Gute Entwicklungschancen für alle Kinder

Neben der bildungspolitischen Dimension hat Politik für Eltern und Kinder auch sozialpolitische Aspekte. So ist die Kinderbetreuung auch ein zentraler Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere für Alleinerziehende stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bzw. der Berufsausbildung eine besondere Herausforderung dar. Neben den Familien profitieren noch weitere Akteure von einem guten Betreuungsangebot, die regionale Wirtschaft im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und somit dank familienfreundlicher Unternehmen auch die Stadt Göttingen.

- » Auch deshalb wollen wir die Betreuungsangebote in der Stadt weiter ausbauen.
- » Wir werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen verstärkt auf Familienfreundlichkeit achten. Des Weiteren werden wir prüfen, wie die Einrichtung von Betriebskindergärten noch besser von der Stadt unterstützt werden kann.

Kinder und Familien stehen vor immer neuen Problemen und Herausforderungen. Oftmals sind dann Beratungseinrichtungen die erste Anlaufstelle. Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der schon bestehenden Einrichtungen prüfen, wie noch bessere Antworten auf Fragen in schwierigen Lebenslagen gegeben werden können, was sie vor Ort leisten können, wo sie noch zusätzliche Unterstützung benötigen und wie sie in das vorhandene Netzwerk noch besser eingebunden werden können. Eine Vorreiterrolle erfüllt hier das Eltern-Kind-Zentrum in Grone und das

Netzwerk „Frühe Hilfen“ auf die zurückgegriffen werden kann.

- » Das Zentrum in Grone und die „Frühe Hilfe“ werden wir erhalten und ausbauen und noch weitere Einrichtungen etablieren.
- » Ein weiteres wesentliches Glied in der Hilfskette sind die Familienhebammen. Hier wollen wir zusätzliche Einstellungen prüfen.

Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche verbessern

Jugendliche benötigen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Dies schafft ein Verständnis für Demokratie und sorgt für Engagement in der Zukunft. Jugendliche wollen sich selbst entdecken. Wir wollen, dass sie die gesellschaftliche Vielfalt unserer Stadt kennen und schätzen lernen.

In Göttingen gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit verschiedener Träger, Einrichtungen und Projekte der Jugendarbeit. Wir wollen ihren Austausch verstärken und so mögliche Schwachstellen verbessern helfen. Hierfür muss der Bedarf in den einzelnen Stadtteilen ermittelt und geprüft werden, welche Angebote in welcher Qualität bereits bestehen und wie wir diese noch besser nutzen können. Zu klären ist dabei auch, ob Projekte für besondere Zielgruppen fehlen und die Angebote und Öffnungszeiten von Jugendräumen und -zentren noch zeitgemäß sind.

- » Anknüpfend an das von uns initiierte Konzept offene Jugendarbeit werden wir deshalb gemeinsam mit allen Akteuren die Jugendarbeit in der Stadt weiter verbessern.

Göttingen benötigt ausreichend nichtkommerzielle Freizeitangebote, deren Nutzung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Jugendlichen abhängt. Einige Schulhöfe sind bereits nach dem Schulbetrieb geöffnet. Basketballkörbe und Tischtennisplatten können so weiter genutzt werden.

- » In Zusammenarbeit mit den Jugendlichen wollen wir diese öffentlichen Treffpunkte erhalten und – wo gewünscht – umgestalten. Wir hoffen dabei, dass die Zusammenarbeit bei Jugendlichen eine hohe Identifikation und ein starkes Verantwortungsbewusstsein schafft.

Wir wollen das politische Engagement junger Menschen besser fördern, insbesondere zur Abwehr rechtsextremistischer Bestrebungen und im Einsatz für Zivilcourage. Darüber hinaus werden wir Vereine unterstützen, die der sozialen Integration verpflichtet sind.

- » Zur Förderung dieses Engagements werden wir vermehrt Jugendleiter und Jugendleiterinnen ausbilden. In diesem Kontext bleibt der Stadtjugendring – wie im Kapitel „Ehrenamt in Sport und Freizeit“ beschrieben – für uns eine wichtige Institution (siehe
- » Wir werden die intensivere Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund genauso unterstützen, wie die Förderung junger Mädchen – z. B. durch spezielle Angebote in Kinder- und Jugendhäusern.
- » Wir werden die konkreten Bedarfe der offenen Jugendarbeit als wichtigen Stützpfeiler der Präventionsarbeit prüfen und gezielte Verbesserungen anstreben, sowie die fallbezogene sozialpädagogische Unterstützung ausbauen.
- » Die Kooperationen zwischen Jugendarbeit und Schule werden wir weiter fördern.

Es gibt Jugendkulturen, die als Subkulturen nicht explizit verbandlich gebunden sind – besonders im kulturellen Bereich (Musik, Theater und Kunst). Wir unterstützen daher – wie im Kapitel zur Kultur dargestellt – die Schaffung von ausreichend Proberäumen und Band Contests sowie die Erschließung von öffentlichen und legalen Sprayerflächen.

Seniorinnen und Senioren besser unterstützen

Ältere Menschen wollen so lange und so weit wie möglich eigenständig in ihrem gewohnten Umfeld leben und wohnen. Sie möchten aktiv am Leben teilhaben, auch wenn sie besondere Pflegebedarfe haben. Dafür muss eine entsprechende soziale Infrastruktur, ein verlässliches Netzwerk von Ansprechpartnern, professionellen Hilfen und Betreuungsangebote in ihrer Nähe vorgehalten werden.

- » Wir werden deshalb die schon vorhandenen Netzwerke in enger Absprache mit den Akteuren in den

Quartieren ausbauen (so z. B. Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäuser) und noch besser auf Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren abstimmen.

- » Wir wollen auch im Rahmen des Wohnungsbaues die Möglichkeiten zum altersgerechten und generationenübergreifenden Wohnen ausbauen.
- » Wir werden langfristig eine altersgerechte Infrastruktur (Barrierefreiheit, Öffentliche Räume, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten) anstreben.
- » In diesem Zusammenhang werden wir auch die Möglichkeiten ausbauen, um mit dem ÖPNV alle zentralen Punkte der Stadt altersgerecht mobil zu erreichen.

Insbesondere für Ältere ist eine gute Gesundheitsversorgung von zentraler Bedeutung. Vor allem die gestiegene Zahl an Demenzkranken stellt die Politik vor große Herausforderungen. Wir setzen uns für eine flächendeckende und gute Qualität von Betreuung und Pflege ein. Dies kann aber nur über eine strukturierte kommunale Steuerung geschehen.

- » Wir werden darum den Ausbau kleinerer Pflegeangebote (z. B. Tages- und Kurzzeitpflege, ambulante Betreuung, Gesundheitsversorgung) in einzelnen Stadtteilen unterstützen.
- » Den guten Ansatz des Pflegestützpunkts im Rathaus werden wir mit ähnlichen Einrichtungen in den Stadtteilen ausbauen.

Ältere Menschen haben Erfahrungen, die sie fruchtbare in das vitale Leben der Stadt – so z. B. im Ehrenamt – einbringen wollen. Diese Schätze gilt es zu heben. Ihre Erfahrungen und Ideen sind eine wichtige Ressource in unserer Stadt und von unschätzbarem Wert.

- » Wir treten dafür ein, dass mehr Möglichkeiten für diese Aktivitäten geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, Angebote der Mitwirkung auszubauen und die Freiwilligenarbeit zu unterstützen.

Alle diese Strukturen müssen aber auch bekannt gemacht werden. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Hilfsangebote noch stärker beworben und kommuniziert werden.

Zusammenleben in Göttingen – Integration meistern

Menschen in Not helfen, Integration sichern, Zuwanderung steuern

Die Menschen flüchten vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung nach Europa und Deutschland, um hier ohne existentielle Not in Frieden leben zu können. Sie hoffen auf Schutz für sich und ihre Kinder. Deshalb bekennt sich die SPD Göttingen zum im Grundgesetz festgelegten Recht auf Asyl. Ergänzend dazu wollen wir mit einem Einwanderungsgesetz die reguläre Einwanderung steuern.

Zugleich verlangen wir aber von allen Menschen, die in Deutschland leben wollen, dass sie unsere im Grundgesetz niedergelegten Werte achten und zu schützen: die demokratische Verfassung, die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Solidarität und Toleranz, individuelle Freiheiten und Selbstbestimmung sowie die Gleichstellung der Frauen.

Die SPD Göttingen bekennt sich zu ihrer Verpflichtung, Flüchtlinge und Einwanderinnen und Einwanderern möglichst weitgehend in unsere soziale und kulturelle Stadtgesellschaft zu integrieren. Soziale Abschottung darf es nicht geben. Dabei wissen wir: Vielfalt birgt viele Chancen auf eine offene und lebendige Stadtgesellschaft, wenn sie durch klare politische Ziel- und Rahmensetzungen, effizientes Verwaltungshandeln und ehrenamtliches Engagement aller Einwohnerinnen und Einwohner gesteuert und gepflegt wird.

Unser Ziel ist es, Göttingen als Stadt der sozialen Zuversicht zu gestalten. Dieses Ziel gilt für alle hier lebenden Menschen die in materiell unsicheren Verhältnissen leben oder sich – aus welchen Gründen auch immer – von der Gesellschaft abgehängt fühlen. Es gilt also auch für Flüchtlinge und Einwanderer. Dabei darf die Hilfe für Flüchtlinge nicht zulasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen.

Für diese Grundsätze treten wir ein und dafür werden wir unsere Ziele verfolgen.

Integration durch Mitbestimmung

Die ökonomische Stärke und die kulturelle Ausstrahlungskraft Göttingens hängen auch von der Vielfalt, dem Engagement und der Qualifikation aller hier lebenden Menschen ab. Wir erwarten deshalb auch die kulturelle und politische Partizipation von eingebürgerten Menschen mit Migrationshintergrund und wollen diese fördern. Die Bereitschaft zum Engagement hängt aber auch von den Möglichkeiten ab, über die politischen Geschicke der Stadt mitbestimmen zu können.

- » Darum wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Einbürgerungsquote in Göttingen zu erhöhen.
- » Darum treten wir ein für das Kommunalwahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten mit Aufenthaltstitel, die in Göttingen langfristig leben.

Ehrenamt und Stadtverwaltung ergänzen sich gegenseitig

Wir danken allen, die mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz für die zu uns flüchtenden Menschen ein positives Bild unserer Stadt zeichnen und der Willkommenskultur ein Gesicht geben. Wir erleben dabei, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund – einschließlich geflüchteter Menschen – ebenfalls für den Erhalt der guten Lebensqualität unserer Stadt engagieren. Ihnen allen muss die Politik und die Stadtverwaltung die bestmögliche Unterstützung geben. Göttingen muss eine Stadt bleiben, wo das ehrenamtliche Engagement gewürdigt und unterstützt wird.

Von der Erstversorgung bis zu den letzten Schritten der Integration gilt dabei der Grundsatz: Die Verwaltung soll Ehrenamtliche unterstützen, nicht umgekehrt. Deshalb engagieren wir uns für eine dialogorientierte Verwaltung mit Denkmustern, die an einer Aktivierung des Ehrenamtes orientiert sind. Wie im Kapitel „Ehrenamt in Sport und Freizeit“ näher erläutert, stehen dabei Politikerinnen und Politiker in der Verantwortung, ehrenamtliche Arbeit und die Arbeit der Verwaltung kooperativ zu verbinden. Das gilt in der Flüchtlingsarbeit genauso wie für andere Felder der ehrenamtlichen Arbeit.

Wir wissen dabei: Gerade Vereine – insbesondere auch Sportvereine – fördern die Integration und den Dialog über Kulturen hinweg.

- » Deshalb wollen wir auch die Integrations- und Jugendarbeit in den Vereinen besonders fördern.

Mehr sozialer Wohnungsbau und gute Quartiersentwicklung für alle

Sammelunterkünfte für geflüchtete Menschen sind keine langfristige Lösung. Um diese Menschen zu integrieren, müssen sie so rasch wie möglich in regulären Wohnungen untergebracht werden. So erleichtern wir den bei uns bleibenden Flüchtlingen die Integration. In Göttingen fehlt es aktuell aber an preiswertem Wohnraum.

- » Diesen Sektor wollen wir ausbauen und dabei mehr sozialen Wohnungsbau fördern. Wir haben dabei nicht nur die Flüchtlingen, sondern alle in Göttingen lebenden Menschen im Auge, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.
- » Für die Verbesserung des sozialen Zusammenhaltes und der Kommunikation wollen wir die Nachbarschaftszentren stärken und ausbauen.

Migration und demografischer Wandel

Die Bevölkerung Deutschlands schrumpft und überaltert – dies gilt auch und insbesondere für Südniedersachsen, die Umlandregion der Stadt. Zuwanderung ist ein Instrument, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Die Ansiedlung der ehemals in der Stadt untergebrachten Flüchtlinge als Migrantinnen und Migranten in den Kommunen der Region, kann eine positive Rolle beim Erhalt einer lebendigen ländlichen Infrastruktur und der Fachkräfteversorgung spielen.

Hierzu müssen dann zugleich auch eine gute Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV) - z. B. durch den gerade vom Landkreis und der Stadt geplanten EcoBus – sowie attraktive und bezahlbare Wohnangebote in der Region gestaltet werden.

Wenn dies realisiert wird, eröffnen sich im Umfeld der Stadt Wohnoptionen auch für in Göttingen Studierende und andere Menschen, die hier auf Wohnungssuche sind – und damit eine Chance, die Entwicklung der gesamten Region langfristig zu verbessern.

Integration in Arbeit und Wirtschaft

Langfristig kann Integration nur gut gelingen, wenn die bei uns bleibenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt einbezogen werden. Aber nicht nur deshalb wollen wir für Flüchtlinge die Integration in Arbeit und Wirtschaft erleichtern. In Zeiten des demografischen Wandels können Migrantinnen und Migranten mit ihren beruflichen Kompetenzen und Potentialen zur Sicherung des Wohlstandes in Göttingen mit beitragen.

- » Deshalb setzen wir uns dafür ein, die beruflichen und akademischen Qualifikationen von geflüchteten Menschen frühzeitiger zu erfassen und unbürokratisch anzuerkennen.
- » Um die Ausbildung von jungen Flüchtlingen zu unterstützen, plädieren wir für die Erweiterung des § 17 AufenthG. Die Aufnahme einer Schul- und Berufsausbildung in die Liste der Gründe zur Aussetzung der Abschiebung ist zentral wichtig. Wer in Deutschland eine berufliche oder akademische Ausbildung absolviert hat, muss eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.
- » Flankierend dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass die Kommunikation zwischen den Job-Centern, der Arbeitsagentur und der Stadtverwaltung weiter intensiviert wird.
- » Die von der EU mitfinanzierten Bleiberechtsnetzwerke sollen weiter gestärkt und die Beratungsstellen des Netzwerkes Integration durch Qualifizierung gesichert werden.
- » Berufsspezifische Kurse zum Spracherwerb sowie Fortbildungsmaßnahmen für das Erlangen von entsprechenden Qualifikationen sollen weiter ausgebaut werden.

Frühkindliche Bildung, Schule und Erwachsenenbildung

Für eine gelingende Integration in alle Bereiche der Gesellschaft sind das Beherrschen der deutschen Sprache und eine qualifizierende Bildung notwendige Voraussetzungen. Sprache ist der Schlüssel zu Integration, Bildung und Teilhabe in der Gesellschaft.

Für uns ist deshalb der Bildungsbereich für die Integration und den Spracherwerb von zentraler Bedeu-

tung und ein vordringliches Anliegen unserer Politik. Dazu gehört vor allem der Ausbau der Sprachförderung in Schulen und Kindertagesstätten, wie im folgenden Kapitel „Bildung – Chancen – Potentiale“ näher ausgeführt wird.

- » Wir werden dafür eintreten, dass für einen raschen Erwerb der deutschen Sprache an unseren Schulen die Sprachlernklassen weiter ausgebaut und die Inklusion in den niedersächsischen Schulen konsequent weitergeführt werden.
- » Die Alphabetisierungskurse für Erwachsene und Sprachkurse Deutsch als 2. Sprache durch die Volkshochschule und anderer Träger der Erwachsenenbildung wollen wir weiter ausbauen und unterstützen.
- » Wir treten dafür ein, dass Mitteilungen der Behörden in einfachem Deutsch gefasst werden und werden die Mehrsprachigkeit bei den Dienstleistern fördern.

Interkulturell gestaltete Altenpflege

Wir wollen in den kommenden Jahren die Altenpflege an die spezifischen Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten anpassen und für eine interkulturelle Öffnung der Altenpflege in Göttingen eintreten.

Die Finanzierung: Bund und Land müssen ihre Verantwortung wahrnehmen

Bund und Land haben gute Vorsätze in der Finanzierung der kommunalen Flüchtlingspolitik. Diese müssen aber auch schneller umgesetzt werden. Es muss mehr Geld in den Bau von Unterkünften und die Personalaufstockung in allen Aufgabenbereichen der Integration fließen.

Aktuell stoßen die Stadt Göttingen und das Land Niedersachsen dabei an die Grenzen ihrer Finanzierungsmöglichkeiten – und müssen darüber hinausgehen. Es ist absehbar, dass die Kommunen die im Grundgesetz und in den Haushaltsordnungen der Länder normierte Schuldenbremse angesichts der aus der Aufnahme, der Unterbringung und der Versorgung

der Flüchtlinge resultierenden Kosten nicht einhalten können – alternativ müssen viele andere unverzichtbare Ausgaben „auf Null“ gefahren werden. Das geht auf Kosten einer lebendigen und sozialen Stadtgesellschaft oder ist zum Nachteil anderer gesellschaftlicher Gruppen, die ebenfalls Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

Sehr viel länger aber noch werden Kosten für die Integration der bei uns schutzsuchenden Menschen (Bildungsausgaben, sozialer Wohnungsbau, Sprach- und Integrationskurse) die Haushalte extrem belasten.

- » Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die restriktiven Mechanismen der Schuldenbremse (Artikel 109 GG) aufgehoben oder durch den dort ebenfalls geregelten Ausnahmetatbestand des „außergewöhnlichen Notsituation“ für einige Zeit ausgesetzt werden.

Hilfe und Sicherheit für Menschen in Krisenregionen

Der große Zustrom von Flüchtlingen in kurzer Zeit stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Menschen fliehen deshalb zu uns, weil in ihren Ländern Krieg und Terror herrschen oder Armut, ein katastrophaler Niedergang der Wirtschaft und Umweltkatastrophen ihnen das Leben in ihrer Heimat unmöglich macht.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern erfolgreich bekämpft werden. Das geht aber nur mit einer starken europäischen Kooperation in Fragen von Friedenssicherung und Flucht. Die EU muss Flüchtlingslager im Ausland besser unterstützen. Sie muss aber gleichzeitig auch die Aufnahme von geflüchteten Menschen innerhalb der EU breiter verteilen.

- » Vor allem fordern wir auch eine stärkere sozio-ökonomische Unterstützung der Herkunftsländer durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Armutsbekämpfung und zur Existenzgründung bzw. Existenzsicherung.

Bildung – Chancen – Potentiale

Die beste Bildung für alle – Zukunftsperspektiven für Göttingen

Ziel der SPD ist es, allen Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt durch gute Förderung und einer optimalen Bildungslandschaft – vom Kindergarten bis zur Hochschule und der Ausbildung – die bestmögliche Bildung und Qualifizierung zu ermöglichen. Für uns gilt: Keiner „soll auf der Strecke bleiben“. Die soziale Herkunft darf nicht den Bildungsweg bestimmen.

Eine gute Bildung und Ausbildung ist die beste Eintrittskarte in ein Leben mit guten sozialen und beruflichen Zukunfts- und Teilhabechancen. Sie ist auch eine Grundlage für die Orientierung in einer demokratischen Gesellschaft. – Ein hohes Qualifikationsniveau aller Jugendlichen und unserer Bildungs- und Forschungseinrichtungen ist aber auch Voraussetzung für eine optimale Sicherung des Bedarfs an Fachkräften und für die Stärkung einer wirtschaftlich starken Stadt und Region Göttingen. Dies gilt gerade auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels.

An diesen Leitsätzen wird die SPD in Göttingen ihre Bildungspolitik mit der Unterstützung unserer Vertreterinnen und Vertreter auf Landes- und Bundesebene ausrichten.

Kindertagesstätten und frühkindliche Bildung

Die Grundlage einer guten Bildung wird neben dem Elternhaus schon in den Kindergärten und Kindertagesstätten gelegt.

- » Deshalb werden wir auch den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Göttingen vollständig umsetzen und dabei die räumliche Ausstattung der Kindertagesstätten an die Bedürfnisse eines modernen Umgangs mit unseren Jüngsten anpassen.
- » Wir treten zugleich für den flächendeckenden Einsatz einer dritten Erziehungskraft in Krippen und Kindertagesstätten ein.
- » Darüber hinaus wollen wir den Ausbau inklusiver Krippen weiter voranbringen.

Das Eltern-Kind-Zentrum in Grone ist ein niedrigschwelliges Angebot, um mit anderen Eltern und Kindern in Kontakt zu kommen und sich gegenseitig zu unterstützen. Es zeigt wie wichtig es ist, solche Möglichkeiten der Kommunikation, des Austausches zwischen Eltern und Förderung von Kindern auszubauen.

- » Wir werden uns für die Schaffung weiterer solcher Einrichtung einsetzen. So werden wir das AWO-Kinder- und Jugendhaus am Lönsweg weiter ausbauen.

Bessere Chancen durch gute Schulen

Die Göttinger Schullandschaft ist durch ihre Vielzahl kleiner, pädagogisch professionell arbeitender Grundschulen sowie ein überzeugendes Angebot weiterführender Schulen gekennzeichnet. Die Schulgesetznovelle des Niedersächsischen Landtags stärkt durch den Wegfall der Grundschul-Empfehlungen den Elternwillen bei der Entscheidung der Schulwahl nach der vierten Klasse. Zukünftig können nun alle Kinder ohne Vorfestlegung ihres Bildungsweges weiterführende Schulen besuchen.

- » Die SPD-Göttingen tritt seit jeher für den Elternwillen ein, Deshalb werden wir alle Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um in weiterführenden Schulen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schulangebote mit hoher Qualität zur Verfügung stehen.

Die „Grundschule im Dorf“ ist ein Baustein dafür, dass sich junge Familien weiterhin auch in den Dörfern ansiedeln.

- » Mit uns wird es deshalb keine Schließung von Grundschulen geben.

Das vom Rat beschlossene Auslaufen der Hauptschulen werden wir weiter verteidigen. Mit der Gründung einer dritten Gesamtschule sind die Fördermöglichkeiten für alle Kinder – auch für Kinder von Migrantinnen und Migranten – ausreichend vorhanden.

Zugleich muss aber auch das gymnasiale Angebot ausreichend vorhanden und mit hoher Qualität auf die neue Situation eingestellt sein.

- » Wir werden deshalb alle Gymnasien in Göttingen erhalten und uns dafür einsetzen, dass sie sich auf

die neue Situation durch Möglichkeiten des Ganztagsunterrichts, besserer Förderung und sozialpädagogischen Hilfen einstellen können.

Mit dem Ausbau der Schulen, vor allem der Grundschulen, zu Ganztagschulen werden nicht nur die Fördermöglichkeiten für die Kinder verbessert, sondern auch die Betreuungssituation für berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

- » Wir werden uns dafür einsetzen, das Programm zur Einrichtung von Ganztags-Grundschulen fortzuführen und auch für andere Schulformen den Ganztagsbetrieb in adäquater Form möglich zu machen.
- » Bei der Einrichtung von Ganztagsgrundschulen werden wir verstärkt auf Qualität achten und dafür sorgen, dass die Standards des vom Rat der Stadt beschlossenen Rahmenkonzepts auch umgesetzt werden. Dazu gehört auch die weitere Betreuung in Hortklassen bis 17.00 Uhr.

Die Einführung der Inklusion an den Schulen werden wir zusammen mit dem Land Niedersachsen entwickeln. Dabei werden wir darauf drängen, dass ihre Einführung in Göttingens Schulen nur mit gut ausgebildeten Lehrkräften und in enger Abstimmung mit den Eltern geschieht.

- » Im künftigen Rat der Stadt treten wir für eine gute Ausstattung der inklusiven Schulen mit betreuendem Fachpersonal sowie für barrierefreie Zugänge ein.

Wir begrüßen die Haushaltsentscheidung des Landtages mehr Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Schulsozialarbeit muss als Landesaufgabe ausgebaut werden. Als ersten Schritt müssen die Ganztagschulen einen Anspruch auf solche Kräfte haben.

- » Mit dieser Unterstützung durch das Land werden wir die Schulsozialarbeit weiter ausbauen.

Verbesserung des Übergangsmagements

Die Übergänge zwischen den verschiedenen Schulstufen können für manche Schülerinnen und Schüler zum Stolperstein in ihrer Bildungskarriere werden. Deshalb widmen wir ihnen unsere besondere Aufmerksamkeit.

- » Wir werden die Übergänge zwischen den Bildungsstufen vom Kindergarten an so gestalten, dass durch enge Kontakte zwischen abgebenden und aufnehmenden Bildungseinrichtung und die intensive Beratung der Eltern, die Stärken und der Nachholbedarf jeder Schülerin und jedes Schülers im Laufe seiner Bildungsbiografie besser in die Fördermaßnahmen der aufnehmenden Bildungseinrichtungen integriert werden können.
- » Dem Übergang von der Schule in den Beruf gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Ausgehend vom regionalen Übergangsmangement müssen auch die Berufsschulen darin unterstützt werden, ihre Brückenfunktion zur Berufsbildung wahrnehmen zu können. So wird das duale System und damit den Wirtschaftsstandort Göttingen unterstützt. Gleichzeitig erfüllen sie mit ihren schulischen Angeboten zum Erwerb höherer Schulabschlüsse auch die Rolle einer zweiten Bildungschance für viele Schülerinnen und Schüler.
- » Die Bildungsregion Göttingen soll im Rahmen der Initiative SchulBetrieb (mit inzwischen mehr als 40 Schulen und 60 Unternehmen) künftig noch intensiver an weiteren Lernpartnerschaften arbeiten und damit die Schulen bei der Gestaltung der Berufsorientierung unterstützen.

Über diese Ziele hinaus werden wir auch das Schulstättenkonzept vorantreiben, um eine optimale Nutzung der vorhandenen Schulräumlichkeiten im pädagogischen Sinne zu erreichen. Auch ein Sanierungskonzept für Schulgebäude und Außenanlagen ist uns ein wichtiges Anliegen. Zugleich setzen wir uns für die Ausstattung der Schulen mit einer zukunftsorientierten und modernen Infrastruktur (u. a. durch Neue Medien; Schulbibliotheken bzw. -mediatheken) ein.

Zweiter Bildungsweg

Traditionell fördert die SPD auch den so genannten Zweiten Bildungsweg zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe aller.

- » Deshalb werden wir das Abendgymnasium, die Volkshochschule und die freien Träger der Erwachsenenbildung (z. B. Arbeit und Leben) mit ihren Weiterbildungskonzepten weiter fördern.

Förderung von Flüchtlingskindern und Kindern von Migrantinnen und Migranten

Auf alle Bildungseinrichtungen kommen durch die steigende Zahl der bei uns Schutz suchenden Flüchtlinge weitere Aufgaben zu. Diesen müssen wir uns stellen und auch im frühkindlichen und schulischen Bereich die Integrationsbemühungen stärken.

- » Wir werden uns deshalb für die Entwicklung eines schulischen Integrationskonzeptes für Flüchtlingskinder aller Altersgruppen durch die Stadt Göttingen engagieren, das auch von dort aus koordiniert wird. Ein solches Konzept halten wir für einen zentralen Baustein, um den Kindern von Flüchtlingen die Teilhabe an unserem gemeinsamen Leben in Göttingen zu ermöglichen.

Es ist davon auszugehen, dass einige der Göttinger Grundschulen, die sich im Einzugsbereich der zentralen Flüchtlingsunterkünfte befinden, mit stark steigenden Schülerzahlen höchst heterogener Zusammensetzung (z. B. Herkunft, Alphabetisierungsstand) rechnen müssen.

- » Diese wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und modellhaft organisieren.

Von großer Bedeutung ist für uns auch der rasche und strukturierte Ausbau der Sprachförderung. Sprach- und Alphabetisierungskurse an Schulen – nicht nur für Kinder von Flüchtlingen und bereits länger bei uns lebender Migrantinnen und Migranten, sondern auch für alle Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf – sind deshalb für uns wichtig.

Ein Parallelklassensystem oder gar die Wiedereröffnung der Hauptschule für Göttingen lehnen wir dabei ab. Unser gut ausgebautes Ganztagsangebot und die drei Gesamtschulen schaffen gute schulische Voraussetzungen für die Integration. Die von uns geforderte flächendeckende Einführung der dritten Kraft an Kinderkrippen und Kindertagesstätten ist für die Integrationsarbeit besonders wichtig.

Gegenüber der Landesregierung wird die SPD-Göttingen darauf drängen, die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrern sowie des zusätzlichen Betreuungspersonals in der inklusiven Erziehung zu verbessern.

Dies hilft allen Schülerinnen und Schülern und bietet ihnen die Chance auch ihre Lernerfolge insgesamt zu verbessern. Dafür müssen Erziehungskräfte sowie Lehrkräfte durch Koordinierungsleistungen, mit einer flankierenden Infrastruktur und Kommunikation durch die Stadt kontinuierlich unterstützt werden.

Die Träger der außerschulischen Bildungsarbeit und der Erwachsenenbildung, darüber hinaus auch das Abendgymnasium, müssen für nicht mehr Schulpflichtige dieses Angebot sinnvoll ergänzen.

Hochschullandschaft und Forschungsinstitute

Göttingen ist ein starker und innovativer Hochschulstandort. Wir stehen dafür, dass die Stadt die erfolgreiche Entwicklung der Hochschulen auch weiter kooperativ begleitet, die dafür nötigen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen schafft und gegenüber der Landesregierung die gemeinsamen Interessen von Stadt und Hochschulen vertritt.

Die Stadt gehört zu den herausragenden Wissenschaftsstandorten in der Bundesrepublik. Mit z. B. fünf Max-Planck-Instituten, dem Deutschen Primatenzentrum und dem Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum haben wir eine breite und exzellente Forschungslandschaft. Der Göttingen Research Campus kann hier als eine Plattform für eine intensivere Kooperation zwischen Universität und Instituten dienen, an die sich die Region andocken kann.

Zugleich werden wir – wie bereits im Kapitel zur Wirtschaftspolitik beschrieben – die Funktion der Hochschulen und Forschungseinrichtung als Innovationsmotor für die Wirtschaft der Region und als Ausbildungsort für akademische Fachkräfte weiter ausbauen.

Wir fragen aber nicht nur, was die Hochschule für die Stadt tun kann, sondern wir werden mit einer kooperativen Zusammenarbeit, mit unserer Wohnungsbaupolitik, dem ÖPNV-Konzept und der Kulturpolitik auch dafür sorgen, dass für die Hochschulen – vor allem auch für Studierende – eine gute Infrastruktur und ein attraktiver Standort gestaltet wird.

Wohnen in Göttingen

Die Stadt gehört allen: Qualität bewahren – Defizite beheben

Die Stadt Göttingen als Hochschul-, Forschungs- und als Wirtschaftsstandort wächst beständig. Vordringlichste Aufgabe bleibt, Wohnraum für jedes Einkommen in der Stadt zu schaffen. Die SPD Göttingen setzt dabei auf einen umweltschonenden Flächenverbrauch und die Schaffung von Wohnraum im innerstädtischen Bereich ebenso wie am Rand der Stadt und in ihren Ortsteilen. Zugleich wollen wir die Nahversorgung und den ÖPNV zwischen den Wohnquartieren, den Arbeitsplätzen und der Innenstadt sichern.

Dabei ist uns klar: Eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt ist nicht ohne die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger möglich. Deshalb müssen die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt Akteure einer nachhaltigen Stadtentwicklung sein. Nur der Diskurs weist den Weg zu der von allen getragenen und gewünschten Entwicklung unserer Stadt.

Bestandsaufnahme

Dominiert wird der Wohnungsbestand in Göttingen überwiegend von Wohnungen mit vier und mehr Räumen (ca. 60 Prozent). Der Anteil von kleineren Wohnungen ist deutlich geringer. Nur 19 Prozent des Bestandes sind ein- oder zwei Zimmer-Wohnungen.

Zugleich ist der Wohnungsmarkt in Göttingen äußerst angespannt. Ein wesentliches Indiz dafür ist die Mietpreisentwicklung. Seit dem Jahr 2013 sind die Preise durchschnittlich um rund 16 Prozent gestiegen. Zwar hat sich die Steigerungsrate etwas verlangsamt, der Trend ist jedoch nicht gebrochen, gegenüber 2014 stieg der durchschnittliche Mietpreis um rund 5 Prozent und lag 2015 bei 9,32 Euro pro Quadratmeter (Nettokaltmiete).

Dabei hatten die Stadtteile Geismar, Grone und Weende die höchsten Mietpreissteigerungen zu verzeichnen. In Grone zogen die Preise um 12 Prozent, in Geismar um 6 Prozent und in Weende – allerdings ausgehend von einem hohen Niveau – um 3 Prozent an. Hingegen sind sie in der Innenstadt leicht gesunken. Der Stadtteil mit den höchsten Mietprei-

sen ist die Nordstadt, gefolgt von Weende. Dort werden rund 12 Euro bzw. 10 Euro pro Quadratmeter bezahlt. Dies betrifft vor allem die dort in hoher Anzahl vorhandenen 1- 2 Zimmerwohnungen, die vor allem von Studierenden nachgefragt werden. Dies und die hohen Mietpreise führen dazu, dass Jahr für Jahr am Beginn des Wintersemesters Hunderte von ihnen vorübergehend in Massenunterkünften oder sogar in Zelten übernachten müssen. Generell lässt sich festhalten, dass erschwinglicher Wohnraum für sozial benachteiligte Gruppen in der Stadt Göttingen immer knapper wird.

Eine entsprechende Entwicklung kann auch für die Baulandpreise festgestellt werden. Die Grundstückskosten betragen inzwischen in Göttingen teilweise mehr als 20 Prozent der Kosten eines Wohnungsneubaus, 2013 kostete der Quadratmeter Wohnbauland bereits 270 Euro und die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser stieg um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Es ist zu erwarten, dass sich diese Situation zukünftig noch weiter verschärft, es also zu weiter steigenden Grundstücks-, Immobilien und Mietpreisen kommen wird, weil

- » ständig Wohnraum aus der öffentlichen Förderung und damit der Mietpreisbindung fällt (1993 beeinflussten noch 5.191 Wohnungen die Mietpreisentwicklung, 2011 waren nur noch 3.191 Wohnungen in der Förderung, 2019 werden es nur noch 1.000 sein),
- » Seniorinnen und Senioren, Sozialhilfeempfänger und Sozialleistungsempfängerinnen und große Familien von den Studierenden aus Bezirken der Innenstadt und der Campusnähe verdrängt werden, weil die Vermietenden die hohe Fluktuation durch Studierende nutzen werden, um regelmäßig die Mieten anzuheben (z. B. besteht in Weende, Nord- bzw. Innenstadt eine Studierendendichte von 20,01 bis 42,50 Prozent),
- » es zu einem Abdriften von Wohnungen aus dem niedrigen Preissegment in das mittlere bzw. hohe Segment kommt,
- » der Flächenverbrauch des in Anspruch genommenen Wohnraums ständig wächst (die durch-

schnittliche Personenzahl in Göttinger Haushalten sank von 1991 bis 2011 von 2,27 auf 2,02 Personen),

- » allein bis 2016 nach vorläufigen Schätzungen ca. 1.600 Flüchtlinge nach Göttingen kommen werden.

Als Folge steht im unteren Preissegment immer weniger Wohnraum zur Verfügung, obwohl gerade hier die Nachfrage immer mehr steigt. Von der insgesamt sehr angespannten Wohnungssituation sind deshalb vor allem Menschen mit geringem Einkommen betroffen. Zugleich ist zu erwarten, dass der Göttinger Wohnungsmarkt auf Sicht nicht in der Lage sein wird, den notwendigen Studentenwohnraum zur Verfügung zu stellen.

Unsere Ziele für Göttingen

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung werden wir uns engagiert dafür einsetzen, dass in der Stadt Göttingen möglichst rasch ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

- » Wir wollen, dass Bebauungsflächen verstärkt in der Kernstadt mit den angrenzenden Ortsteilen, aber auch in den peripher gelegenen Ortsteilen ausgewiesen werden. Dabei wollen wir, dass abhängig von den topographischen Gegebenheiten bei größeren Baugebieten mindestens ein Drittel im Geschosswohnungsbau errichtet wird.
- » Zu diesem Konzept gehört auch, dass Flächen der Innenverdichtung durch An- und Ausbauten, Aufstockungen, Umwidmungen von Grundstücken und Umnutzungen bestehender Gebäuden ausgewiesen und gefördert werden,
- » Bei Bauplanungen und Baumaßnahmen werden wir darauf achten, dass die Eigenarten des jeweiligen Ortes berücksichtigt werden. Grundsätzlich können wir uns aber auch eine höhere Geschossigkeit der Bauten vorstellen.
- » Baugebiete dürfen nicht Grün-, Sport- und Freizeitflächen – dazu gehören explizit auch Kleingärten – verdrängen. Es gibt genügend Flächen im Bereich der inneren Stadt, die ergänzt durch die in den Ortsteilen auszuweisenden Flächen den Wohnungsbedarf für Göttingen abdecken können. Da-

her werden wir uns auch dafür einsetzen, die vorhandenen Baulücken in einem Kataster und mit Angaben zu ihrer Bebaubarkeit erfasst werden.

Wir werden dabei darauf achten, dass genügend, an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern ausgerichteter Wohnraum geschaffen wird und zugleich aber auch ökologische Belange – wie bspw. kurze Anbindung an den Arbeitsplatz – berücksichtigt werden. Gleichzeitig wollen wir so erreichen, dass die Innenstadt durch genügend Wohnraum belebt bleibt und nicht wie in anderen Städten nach Geschäftsschluss verödet.

- » Wir bekräftigen auch, dass Mietwohnungsbestände in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand nach unserer Überzeugung unverzichtbar sind, um Wohnraum besonders für niedrige und mittlere Einkommensschichten auf Dauer bezahlbar zu halten. Dafür werden wir uns auch in den nächsten Jahren nachhaltig einsetzen.

Um den weiteren exzessiven Anstieg der Mietpreise abzubremsen, werden wir uns weiter für die Einführung der Mietpreisbremse bei neu abgeschlossenen Mietverträgen im Bestand einsetzen.

Flankierend zu diesen zentralen Zielen werden wir

- » eine aktive Grundstücks- und Bodenbevorratungspolitik betreiben. Es soll Aufgabe der Stadt werden, auf die Baulandpreise auch durch den Eingriff in den Grundstücksverkehr einzuwirken,
- » dafür eintreten, dass die Stadt Grundstücke zu 50 Prozent des Bodenrichtwertes veräußert, wenn der Erwerber sich verpflichtet, die zu bauenden Wohnungen weitere 20 Jahre in der Mietpreisbindung und dem Belegungsrecht zu halten,
- » darauf hinwirken, dass bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau alle Wohnungen behindertengerecht und somit seniorengerecht und barrierefrei gebaut werden,
- » die Quartiersarbeit durch Quartiersmanager stärken, damit die Wohnquartiere Räume der Begegnung für alle Generationen und auch interkultureller geprägt werden,
- » darauf hinwirken, dass Verwaltungsprozesse nachhaltig beschleunigt werden, die Bearbeitung

von Bauanträgen und die Aufstellung von Bebauungsplänen muss straffer organisiert werden,

- » uns an die Seite der Mieterinnen und Mieter stellen, wenn große Immobilienfonds und -unternehmen ihren sozialen Verpflichtungen als Vermieter nicht oder nur unzureichend nachkommen, z. B. bei Modernisierungs- und Erhaltungsinvestitionen,
- » darauf hinwirken, dass der Landkreis Göttingen als Träger der Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) das besondere Preisniveau innerhalb der Stadt Göttingen bei den Kosten der Unterkunft zukünftig stärker als bisher berücksichtigt,
- » uns darum bemühen, dass neue Wohnformen gefördert werden und dass insbesondere Modellprojekte altengerechten Wohnens auch in den Ortsteilen weiter entwickelt und gefördert werden.

Begleitende Maßnahmen auf Landes und Bundesebene

Kommunale Wohnungsbaupolitik ist zu einem sehr hohen Maße von gesetzlichen Vorgaben und Finanzmitteln der Landes- und der Bundesebene abhängig. Darum wird die SPD-Göttingen auch Initiativen gegenüber diesen rahmengebenden Ebenen entfalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- » die Politik von Bund und Land auf bezahlbares Wohnen und Bauen ausgerichtet wird, dies schließt ein, alle Bauvorschriften auf ihre zwingende Notwendigkeit zu überprüfen und wenn sinnvoll zu ändern,
- » bei Grundstücksverkäufen Konzeptausschreibungen als weitere Vergabevariante erlaubt werden, neben dem zu erzielenden Verkaufserlös sollen soziale, städtebauliche und energetische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden dürfen,
- » Investoren, die bezahlbaren bzw. geförderten Wohnraum schaffen, gegenüber anderen bevorzugt werden,

- » Baugruppen und Genossenschaften, die selbstgenutzten Wohnraum schaffen, stärker berücksichtigt werden, sofern sie sich vertraglich zur Realisierung städtebaulich oder wohnungspolitisch förderungswürdiger Vorhaben verpflichten,
- » die qualifizierte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, der Einsatz von Programmen für die Städtebauförderung und den Ausbau des Programms Soziale Stadt zum Leitprogramm der sozialen Integration in der Städtebauförderung weiter und verstärkt erfolgt,
- » geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die mit öffentlichen Mitteln durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen erzielten Wertsteigerungen der Immobilien von Privateigentümern abzuschöpfen und dem Gemeinwohl zuzuführen,
- » die Anpassung des Wohngeldes bei Berücksichtigung der Einkommens- und Mietenentwicklung seit 2009 erfolgt,
- » ein besserer Mieterschutz vor Kündigungen und Mietpreissteigerungen bei energetischen Sanierungen bzw. Modernisierungen möglich wird,
- » Umwandlungs- und Zweckentfremdungsverbote sowie städtebauliche Verträge und Entwicklungsmaßnahmen noch mehr als bisher genutzt werden können,
- » Wohnungs- und Immobilienbestände von Bund (z. B. Telekomgebäude) und Land zur Dämpfung des allgemeinen Mietniveaus und Stabilisierung von Wohnquartieren der Stadt Göttingen und der städtischen Wohnungsbau GmbH zur Verfügung gestellt werden müssen,
- » bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum für Studierende, das Landes und die Hochschulen sich bei der Bereitstellung von Bauland und beim Bau von selbstverwalteten Wohnheimen mehr engagieren.

Mobilität neu denken

Mobilität in der Region Südniedersachsen neu denken

Mobilität ist für jeden von uns ein wesentliches Moment der individuellen Lebensgestaltung in allen Lebensphasen. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und gleichwertig auch die der Wirtschaft sind ein Grundelement unserer Lebensqualität. Das Leitbild der SPD repräsentiert deshalb eine Mobilität der Vernunft, es geht von diesen Grundüberlegungen aus.

Göttingen ist Oberzentrum der Region Südniedersachsen, die durch den Zusammenschluss der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz noch stärker zusammenwachsen wird. Göttingen soll für alle Bürger und Bürgerinnen des neuen Landkreises ein zentrales Ziel sein. Wir leben hier auch von den einpendelnden Bürgerinnen und Bürgern, die hier arbeiten, einkaufen, Dienstleistungen suchen und ihre Freizeit in unseren Kultur- und Sporteinrichtungen verbringen. Die Stadt gewinnt ihre Kraft auch aus dem Vermögen, diese Bedürfnisse zu erfüllen.

- » Die SPD will deshalb eine leistungsfähige und kostengünstige Infrastruktur gestalten, die die erforderliche Mobilität effizient und nachhaltig organisiert.

All dies aber – zusammen mit den Ansprüchen der Konsumenten, der Wirtschaft und des Handels nach einem reibungslosen Warenverkehr – erzeugt Verkehr. Wir wissen um diese „Kehrseite“ der Mobilität – um die Emissionen des motorisierten Verkehrs von jährlich fast 160 Tonnen CO². Sie belasten, wie auch die Stickoxide, unsere Umwelt und gefährden unsere Lebensqualität.

- » Mobilität neu denken muss darum auch heißen: durch Veränderungen im Verkehrssektor und in unserem Mobilitätsverhalten, die für den Schutz des Klimas nötige Schadstoffreduzierung zu ermöglichen.

Wir engagieren uns also für eine integrierte Verkehrspolitik, die es möglich macht, Klimaschutz zu gestalten und zugleich die Stärken der unterschiedlichen Verkehrsmittel auf unseren Wegen und zu unseren

Zwecken frei und kostengünstig zu kombinieren.

Im Rahmen dieser Politik ist die Erreichbarkeit aller örtlichen und regionalen Ziele von zentraler Bedeutung. Sie ist nur durch ein hohes Angebotsniveau für die nichtmotorisierte Bevölkerung zu erreichen. Insbesondere die Bedürfnisse der größer werdenden Gruppe älterer Menschen muss dabei berücksichtigt werden. Wir wollen deshalb nicht nur den räumlichen Verbund der öffentlichen Verkehrsträger, sondern fordern zugleich die Vernetzung aller Verkehrsmittel. Unser Ziel ist die Bereitstellung von Bus, Pkw und Rad und die Einführung einer Mobilitätskarte, die ihre Nutzung ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir eine Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, die gleichzeitig die sachlichen Gründe der Bürgerinnen und Bürger anerkennt, die für die individuelle Wahl des Verkehrsmittels durch die Verkehrsteilnehmer streiten. Deshalb

- » lehnen wir Maßnahmen ab, die darauf abzielen, Erschwernisse zu schaffen, um so den Verkehrsteilnehmer ohne sachliche Rechtfertigung die Nutzung ihres motorisierten Verkehrsmittels zu erschweren und ihnen die Nutzung ihres Verkehrsweges unmöglich zu machen.
- » lehnen wir ein undifferenziertes flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h auf allen Straßen ab. In reinen Wohngebieten hingegen ist eine Tempobeschränkung mit Zustimmung der dortigen Wohnbevölkerung wünschenswert.
- » sprechen wir uns gegen jede willkürliche Beschränkung oder Erschwernis des Parkens auf öffentlichen Straßen aus, die das Ziel hat, die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs zu beschweren.
- » wollen wir keine Gängelung von Autofahrern durch Willkürmaßnahmen.

Stattdessen wollen wir wirtschaftlich rational, umweltpolitisch vernünftig und sozial verantwortlich Mobilität gestalten. Zu der nach diesen Grundsätzen gestalteten Politik gehören folgende einzelne Maßnahmen.

Nachhaltige Raumentwicklung

Eine nachhaltige und geordnete Raumentwicklung umfasst eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung und ist Voraussetzung zur Reduzierung des individuellen motorisierten Verkehrsaufwandes. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten war die richtige Antwort auf die Industrialisierung und sorgte für eine Entdichtung. Sie widerspricht aber – insbesondere an den Rändern der Stadt – der Anforderung von Nachhaltigkeit. Klimaschutz erfordert den Stadtumbau mit einer Balance von baulicher Dichte, Nutzungsmischung, Freiräumen und Licht. Die in früheren Jahren nach heutigen Maßstäben überzogen gebaute Infrastruktur ist als Bausünde zu beseitigen. Überdimensionierte Verkehrsräume sind zurückzubauen.

- » Unser Leitbild ist die Stadt der kurzen Wege, dies werden wir auch bei der Bauleitplanung berücksichtigen. Wir wollen Verkehr und Siedlung flächensparend entwickeln und zugleich die Erreichbarkeit aller Orte effizient gestalten.

Lieferverkehre intelligent organisieren

Den Güter- und Wirtschaftsverkehr wollen wir mittelfristig durch eine Neuorganisation der Paket- und Expressdienste und Elektro-Lieferfahrzeuge stadtverträglich organisieren.

Mobilitätspläne entwickeln

Die Stadtquartiere verlieren durch übermäßigen motorisierten Verkehr an Attraktivität, deshalb ist eine Reduzierung von Stell- und Parkplätzen sinnvoll. Auf bauordnungsrechtliche Verpflichtungen zum Bau von Stellplätzen kann verzichtet werden, wenn der Grundstückseigentümer sich fest verpflichtet Mobilitätspläne aufzustellen. Darin hat der Grundstückseigentümer bzw. Investor die dauerhafte Erreichbarkeit seines Standortes für Fußgänger, Radfahrer, PKW-Nutzer und Nutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermitteln und unter Einbeziehung einer Abschätzung der Verkehrserzeugung die notwendigen Maßnahmen zur Befriedung der Mobilitätsbedürfnisse zu erarbeiten und nachzuweisen.

- » Deshalb werden wir die Pflicht zur Erstellung von Stellplätzen nach Bauordnungsrecht durch eine moderne Stellplatzsatzung neu regeln. Mobili-

tätspläne sollen bei der Verpflichtung zur Erschließung bei Vorhaben- und Erschließungsplänen planungsrechtlich abgesichert und die Umsetzung der Maßnahmen in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart werden.

Revitalisierung von Brachflächen

Wir bekennen uns zum Grundsatz der Innen- statt der Außenentwicklung. Brachliegende Flächen und nicht mehr betriebsnotwendige Grundstücke bieten sich für eine Überplanung an.

Verkehrsinfrastruktur vernetzen

Wir setzen uns ein für ein attraktives und funktionales Zusammenwirken aller Instrumente der Verkehrsinfrastruktur. Dazu gehört z. B. der Einsatz von Shuttlebussen zwischen den Wohnvierteln und den großen Arbeitsplatzstandorten der Stadt. Dazu gehören aber auch Buslinien und -takte, die den Mobilitätsansprüchen von selbstbestimmt weiterhin in ihren Stadtvierteln wohnenden Seniorinnen und Senioren gerecht werden.

Die Stärkung der Innenentwicklung durch nutzungsgemischte und kompakte Strukturen wird helfen, große Infrastrukturmaßnahmen im Straßenbau zu vermeiden.

- » Wir werden Anlagen zur Verknüpfung der Verkehrsträger – vom Auto über den ÖPNV bis hin zum Fahrrad – im Sinn ihrer flexiblen Nutzung initiieren.
- » Langfristig setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen ein, wobei u. a. die Nutznießer von kommunaler Infrastruktur stärker an deren Finanzierung beteiligt werden. Insbesondere Investitionen für den öffentlichen Nahverkehr müssen durch die nutznießenden Grundstückseigentümer mitfinanzieren werden.

Fahrradstadt Göttingen

Zur Förderung der Nahmobilität gehören auch Maßnahmen für die bessere Nutzung des Fahrrades für die kurzen Wege in der Stadt. In Göttingen mit seinen vielen – vor allem auch studentischen – Nutzern des Rades als Verkehrsmittel sehen wir dafür einen hohen Bedarf. Deshalb werden wir

- » den weiteren Ausbau eines zusammenhängenden Fahrradnetzen durch Fahrradwege und Fahrradstraßen vorantreiben und durch stärkere Überwachung des ruhenden Verkehrs dem Zuparken von Rad- und Fußwegen entgegenwirken,
- » den Ausbau des Radschnellwege bis zum Anschluss von Rosdorf weiterführen und die bessere Erschließung der Weststadt und des Industriegebietes durch Radwege gewährleisten,
- » ein flächendeckendes Angebot von Mietfahrrädern und – für ältere Nutzerinnen und Nutzer – auch von Miet-eBikes voranbringen.
- » sowie mehr öffentliche und private Fahrradabstellanlagen vor allem an Vernetzungspunkten mit anderen Verkehrsmitteln schaffen.

Verkehrsmanagement ausbauen

Unsere Ziele beim Verkehrsmanagement auf kommunaler Ebene sind

- » der Einsatz von modernen internetbasierten Kommunikation- und Informationssysteme, um die Nutzung des ÖPNV durch Fahrplänechtzeiten, Erstellung individueller Anschlusspläne und der Recherche von Anschlussmöglichkeiten sowie Bezahlssystemen zu erleichtern,
- » die Förderung von sich miteinander abstimmen- den Umleitungs- und Verkehrsleitsystemen,
- » die Steuerung von Parkinformationssystemen,
- » die Gestaltung attraktiver kurzer Wartezeiten für Fußgänger und Radfahrer an den Kreuzungen.

Durch diese Maßnahmen wollen wir eine Verstärkung des Verkehrsflusses, weniger Staus, weniger Benzinverbrauch und mehr Sicherheit gewährleisten.

Mobilitätsmanagement effizient organisieren

Wir wollen die Mobilität effizient und nachhaltig organisieren. Bestehende Infrastrukturen müssen effizient genutzt, Ressourcen in Form von Energie, Fläche und Finanzmittel gespart und innovative Mobilitätsangebote entwickelt werden.

Deshalb streben wir den Aufbau eines modernen „Mobilitätsmanagements“ und die Erarbeitung innovativer Mobilitätspläne an. Dabei sind ausgehend von den individuellen Mobilitätsbedürfnissen gemeinsam mit Handel und Gewerbe, Einzelhandel, Dienstleistern, Vermietern, Mietern, Schulen und Freizeitverbänden zielgruppen- und fahrzweckspezifisch individuell abrufbare Mobilitätspläne zu erarbeiten, die eine Alternative zum Individualverkehr sein und zur Entlastung privater und öffentlicher Haushalte beitragen können. Die Verkehrsmittelwahl soll vor dem Antritt der Fahrt über verschiedene Maßnahmen abruf- und beeinflussbar werden und sozial- sowie umweltverträglich sein.

Zur Umsetzung dieses Konzeptes können Eingriffe in die Verkehrsinfrastruktur, in die Preispolitik, in das gesetzliche Regelwerk und die Unterstützung neuer Angebote von Dienstleistungen im Mobilitätsbereich sinnvoll sein.

Wir wenden uns auch gegen übertriebene Fahrpreise, die im Verkehrsverbund Südniedersachsen ein wesentliches Hindernis für die verstärkte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sind. Das Tarifsystem ist so umzustellen, dass keine Einzelfahrt mit Bussen zwischen dem Oberzentrum Göttingen und dem Umland mehr als 5 Euro kostet.

Carsharing fördern

Die Zahl von Verkehrsteilnehmern, die neue Mobilitätsangebote nutzen, nimmt sprunghaft zu. Während die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen in den letzten zehn Jahren von 14,5 Mio. auf 11,6 Mio. sankt, wuchs die Zahl der Carsharing-Teilnehmer von 50.000 in 2012 auf fast 800.000 in 2014. Das BMW Model des Carsharings drive now rechnet mit 70 Nutzern pro PKW.

- » Wir werden solche Angebote in Göttingen, z. B. „Stadtteilauto“ oder „Grünes Auto“, fördern.

Kulturelle Vielfalt und Teilhabe in Göttingen

Kultur ist Bildungs- und Standortfaktor

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe für alle Menschen. Sie muss deshalb für alle unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Einkommen und ihrem Alter nutzbar und zugänglich sein. Sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Göttingen. Jede Kulturinvestition ist zugleich auch eine rentable Investition in die Wirtschafts- und Innovationskraft Göttingens. Aktuell ist das kulturelle Leben in Göttingen vielfältig und genießt überregional einen guten Ruf. Das soll auch so bleiben.

Deshalb hat Kulturförderung für die SPD einen sehr hohen Stellenwert. Um das gegenwärtige Niveau zu erhalten, werden wir uns für folgende Ziele einsetzen:

Nachwuchsförderung

Göttingen ist eine junge Stadt mit einer pulsierenden Kulturszene und einem hohen kulturellen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Damit dies so bleibt, messen wir der Förderung des Nachwuchses einen hohen Stellenwert zu.

Genau so wichtig ist es, unsere Kinder und Jugendlichen schon früh an Kultur heranzuführen und sie als integralen Bestandteil von Bildung zu verstehen. Auch die besondere Rolle von Kultur für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in unsere Gesellschaft muss eine stärkere Beachtung finden.

- » Dafür werden wir mit vielfältigen Auftrittsmöglichkeiten, attraktiven Proberäumen und Ateliers zu bezahlbaren Konditionen sowie die Unterstützung von Galerien, Ausstellungsräumen, aber auch Kleinkunst- und Live-Bühnen die adäquaten Rahmenbedingungen schaffen.

Sichere Finanzierung

Kultur kostet Geld. Die Einnahmen der Kultureinrichtungen selbst, Spenden und Sponsoring können in aller Regel ihre vollständige finanzielle Absicherung

nicht gewährleisten. Dazu bedarf es einer ergänzenden städtischen Förderung. Trotz knapper Haushaltsspielräume konnte diese Kulturförderung bisher auf gutem Niveau stabilisiert werden.

Kultureinrichtungen benötigen Planungssicherheit. Finanzierungszusagen müssen mittel- und langfristig angelegt sein und frühzeitig kommuniziert werden. Angesichts der engen finanziellen Spielräume des städtischen Haushaltes müssen sich die bestehenden kulturellen Einrichtungen – gerade auch die der Soziokultur – auf eine fortlaufende, sichere Unterstützung verlassen können.

Die Fortführung der Kooperationsvereinbarungen mit den Göttinger Theatern, dem Göttinger Sinfonieorchester oder den Zentren der Soziokultur halten wir deshalb für unerlässlich.

- » Unser oberstes Ziel ist es, das bisherige Niveau der Kulturförderung mindestens zu halten. Nur so kann ein breites Kulturangebot vorgehalten werden. Hierfür und für eine verlässliche städtische Kulturförderung stehen wir ein.
- » Wir werden auch für die vollständige Kompensation tariflicher Lohnsteigerungen durch die öffentliche Hand eintreten, diese dürfen nicht zu Lasten der Haushalte der einzelnen Kultureinrichtungen gehen.

Staatliche Kulturförderung kann und darf jedoch nicht nur die Aufgabe der finanziell ohnehin schon angeschlagenen Kommunen sein. Der Bund, aber vor allem das Land sind gefordert, die Städte und Gemeinden beim Erhalt kultureller Vielfalt zu unterstützen.

- » Wir werden uns daher für ein verstärktes Engagement des Landes und des Bundes für den Erhalt und den Ausbau des Göttinger Kulturangebotes einsetzen. Außerdem werden wir versuchen, noch weitere, zusätzliche Fördermöglichkeiten zu entwickeln bzw. zu nutzen. Grundsätzlich fordern wir dabei, die Mittelvergabe möglichst transparent zu gestalten und die Finanzierungsschlüssel regelmäßig den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

Museenlandschaft erhalten und verbessern

Die Museumslandschaft in Göttingen verändert sich. Mit dem bereits eröffneten Grass-Archiv, dem Forum Wissen unter Federführung der Universität sowie dem in Planung befindlichen KUQUA erhält Göttingen drei hochwertige neue Ausstellungshäuser, die den bundesweiten Vergleich nicht scheuen müssen.

- » Das KUQUA wird zu einer Aufwertung des Kulturstandortes Göttingen beitragen. Es ist zugleich ein Impuls für die Entwicklung der südlichen Innenstadt, die als vernachlässigtes Quartier der Innenstadt so die Chance der Sanierung hat. Zudem kann die Göttinger Literatur-, Kunst- und Musikszene hier ein neues, kreatives und kommunikatives Zentrum finden. Es wird renommierte Protagonisten der internationalen Kulturszene anlocken und das Angebot für Künstlerinnen und Künstler sowie dem interessierten Publikum im Bereich moderner Kunst maßgeblich erweitern. Die Entscheidung des Bundes, die Planung und den Bau des Kunstquartiers zu fördern, begrüßen wir.
- » Wir werden uns weiter für die Realisierung des Projektes einsetzen.
- » Die Geschichte der Wissenschaft in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Gegenwart muss den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Besuchern und Gästen unserer Stadt zugänglich gemacht werden. Da die Göttinger Wissenschaftsgeschichte auch ein wesentlicher Bestandteil der Stadtgeschichte ist, halten wir dabei eine Kooperation zwischen der Universität und der Stadt für wünschenswert, die sich durch einen Ausstellungsteil zur Stadtgeschichte abbilden sollte.
- » Die Planungen der Universität zur Errichtung des Forum Wissen werden wir deshalb weiter unterstützen.
- » Für stadtgeschichtliche Ausstellungen liegt die Kompetenz beim Städtischen Museum. Für die SPD gibt es dazu keine Alternative. Allerdings muss das Konzept an die zeitgemäßen musealen Anforderungen angepasst und der Museumsbetrieb modernisiert werden. Das unter Beteiligung ausge-

wählter Bürgerinnen und Bürger entwickelte neue Museumskonzept der Stadt – an dem in einem weiteren Schritt eine breitere Öffentlichkeit beteiligt werden muss – ist für uns dabei eine wichtige Grundlage auch für die Prüfung des Standortes. Das Gebäude muss zum Konzept passen.

Klar ist für uns dabei: Der provisorische Charakter der aktuellen Ausstellung am Standort „Am Ritterplan“ ist auch angesichts der rückläufigen Besucherzahlen schnellstmöglich zu beenden – durch eine umfassende und an das neue Konzept angepasste Sanierung des alten Gebäudes oder durch eine bauliche Alternative. Da angesichts der erforderlichen Sanierungsarbeiten des Standortes „Am Ritterplan“ und der angespannten Finanzsituation der Stadt dort mit sehr lange anhaltenden Einschränkungen zu rechnen ist, wollen wir auch andere Alternativen und ihre finanzielle und inhaltliche Machbarkeit prüfen.

- » Wir werden uns – orientiert an diesen Kriterien – nachhaltig für ein zeitgemäßes, an modernen musealen Standards orientiertes Museum einsetzen.

Musik und Musikförderung erhalten

Die Stadt Göttingen hat eine vielfältige Musiklandschaft, die durch Qualität der aktiven Musikszene und durch hohe Ansprüche der Konzertbesucher geprägt wird. Gesichert wird sie durch das große private Engagement und die Unterstützung verschiedener Träger (z. B. Universität, Kirchen oder Vereine) sowie zahlreiche finanzielle Zuschüsse.

Die SPD sieht die Verantwortung der Stadt insbesondere in der Unterstützung dieser Vielfalt, durch den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur, z. B. durch ausreichende Probenräume für die vielen Bands in der Stadt. Mit der musa, dem KAZ, dem Kulturzentrum Godehardstraße und den Möglichkeiten in den Göttinger Schulen sorgen wir bereits jetzt für einen gewichtigen Teil der Infrastruktur für das Kulturleben.

- » Wir werden uns – trotz der schwierigen Haushaltslage – auch weiter dafür einsetzen, diese Infrastruktur zu erhalten, zu unterstützen und zu fördern.
- » Dies gilt auch für die Konzertangebote durch das

Göttinger Symphonie Orchester und die Internationalen Händel-Festspiele, das Göttinger Jazzfestivals oder die vielen anderen Festivals in der Stadt.

Theaterlandschaft zukunftsfähig gestalten

Unsere Stadt besitzt mit dem Deutschen Theater und dem Jungen Theater zwei erfolgreiche Theaterhäuser, die mit ihren Inszenierungen weit über Göttingen hinaus ausstrahlen. In ihrer Programmarbeit haben beide Häuser jeweils ihr eigenes Profil in den letzten Spielzeiten deutlich schärfen können.

Beide Theater sind auf eine sichere vertraglich zukunftsfähige Förderung und Unterstützung der Stadt angewiesen. So ist z. B. die bauliche Sanierung des Otfried-Müller-Hauses, die in erster Linie dazu dienen soll, den Weiterbetrieb als Spielstätte des Jungen Theaters aber auch als Raum für das vielfältige Angebot des KAZ langfristig zu sichern, ein erster richtiger Schritt.

- » Wir setzen sich weiter für den Erhalt des jeweiligen individuellen Charakters der beiden Häuser ein.

Stadthalle erhalten

Wir bekennen uns zum Erhalt der Stadthalle. Wir wollen sie aber attraktiver gestalten. Dazu soll sie mittelfristig durch eine Sanierung und – wenn irgend möglich – geeignete Umbauten (Übungs- u. Tagungsräume, Cafe) aufgewertet werden und durch Überplanung des städtebaulichen Umfeldes besser in den kulturellen Innenstadtring integriert werden.

Festivalkultur auf hohem Niveau sichern

Händel-Festspiele, Göttinger Jazzfestival, Soundcheck, Göttinger Figurentheatertage, International Ethnographic Film Festival und der Göttinger Literaturherbst haben im Kulturkalender ihren festen Platz. Höhepunkte der Festivalkultur in den nächsten Jahren werden im Oktober 2016 der 25. Göttinger Li-

teraturherbst, das 40. Göttinger Jazzfestival im Jahr 2017 und das 100. Gründungsjahr der Händelfestspiele 2020 sein.

Außerdem werden wir uns für eine stärkere überregionale Zusammenarbeit mit anderen Städten einsetzen – insbesondere mit denen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, deren besondere Potenziale es zu nutzen gilt. Denkbar wäre hier ein überregionales Kulturnetzwerk zur gegenseitigen Unterstützung, gerade auch bei Festivals und Veranstaltungen mit größerer räumlicher Strahlkraft.

- » Wir werden diese Festivalkultur sichern, indem wir ihre finanzielle Basis ausbauen. Dabei werden wir uns auch für ein stärkeres Engagement des Landes einsetzen.

Literarisches Leben in Göttingen

Das Literarische Zentrum und der Göttinger Literaturherbst wirken mit ihrem Programm weit über die Stadt Göttingen in die Region Südniedersachsen hinein. Wir begrüßen die Kooperation der Veranstalter und ihr enges Zusammenwirken mit den Göttinger Verlagen und den Buchhandlungen der Region.

Die Finanzierung aus öffentlichen Zuschüssen, privaten Sponsoren und Eintrittsgeldern hat sich bewährt. Hinsichtlich des Göttinger Literaturherbstes werden wir uns jedoch für ein stärkeres Engagement der Literaturförderung des Landes einsetzen.

Lebendige Stadtteilkultur

Die SPD setzt sich für ein flächendeckendes Kulturangebot im gesamten Stadtgebiet ein – dabei sollen nach Möglichkeit auch die Ortsteile und Stadtteilzentren stärker als bisher einbezogen werden. Wir unterstützen nach Kräften die Bemühungen der Kulturschaffenden und Einrichtungen, mit ihrem Angebot nah an der Bevölkerung zu sein.

Ehrenamt in Sport und Freizeit in Göttingen

Göttinger für Göttinger

Für die SPD wird EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT groß geschrieben. Das gesellschaftliche Leben der Stadt ist geprägt durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist so vielfältig wie die Stadtgesellschaft selbst. Die Aktivitäten vieler organisierter und hilfsbereiter Göttingerinnen und Göttinger tragen mit dazu bei, dass sich die Menschen in unserer Stadt wohl und aufgehoben fühlen.

Die SPD erkennt diese Bedeutung des Ehrenamtes für in unserer Stadt an. Die Stadt muss für ihre ehrenamtlich engagierten Göttingerinnen und Göttinger auf Augenhöhe da sein und sie unterstützen. Viele ehrenamtlich Tätige empfinden ihr Engagement nicht als „Aufopferung“, sondern verbinden damit die eigene Freizeitgestaltung. Und doch müssen die Leistungen der ehrenamtlich tätigen Göttingerinnen und Göttingern in Institutionen, Vereinen, Verbänden, Einrichtungen und Initiativen gewürdigt werden.

Wir sagen deshalb aus voller Überzeugung:

DANK!

SPD will Anwalt des Ehrenamtes sein

Über ein bloßes „Dankeschön“ hinaus findet die SPD, dass ehrenamtliches Engagement auch belohnt werden muss. Mit der Ehrenamts-Card und der Jugendleitercard (JuLeiCa) können Ehrenamtliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen, die private und öffentlich-rechtliche Kooperationspartner gewähren. Während den Inhabern einer JuLeiCa bereits jetzt eine Vielzahl von Vergünstigungen geboten wird, ist das Angebot bei der Ehrenamtscard ausbaufähig.

- » Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Angebot öffentlicher wie privater Einrichtungen, die Inhabern der Ehrenamtscard Vergünstigungen anbieten, nach und nach erweitert wird.

Ehrenamtliche bewegen sich regelmäßig in einem Werk von Gesetzen und Regelungen. Sowohl gegenüber den Finanzbehörden aber auch im Zusammen-

wirken mit städtischen Fachbereichen und staatlichen Institutionen können sie sich dabei überfordert fühlen oder missverstanden werden. Wir wissen um die Wichtigkeit der Einhaltung insbesondere der gefahrvermeidenden Vorschriften. Wir wissen auch, dass die Mitarbeiter städtischer und staatlicher Einrichtungen ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen. Trotzdem gibt es Situationen, in denen Ehrenamtliche noch mehr Unterstützung benötigen. Hierfür wollen wir Sorge tragen.

- » Wir verstehen uns darum als Anwalt aller ehrenamtlich Arbeitenden gegenüber städtischen und sonstigen staatlichen Behörden. Dies gilt auch gegenüber den Finanzbehörden, wenn es um die Frage der Gemeinnützigkeit von Vereinen und Institutionen geht.
- » Wir setzen uns auch dafür ein, dass für neu gegründete Vereine und Initiativen eine Anlaufstelle eingerichtet wird, die Ehrenamtliche in allen Fragen der ehrenamtlichen Arbeit berät.

Für uns ist ehrenamtliche Arbeit ein sehr wichtiger Beitrag für den Erhalt einer solidarischen und sozialen Gesellschaft. Wir werden sie fördern und unterstützen. Gleichzeitig werden wir uns aber immer dagegen wenden, dass mit bürgerschaftlichen Engagement – gerade im Sozialbereich – Lücken gefüllt werden, die durch einen Rückzug des Staates aus seinen ureigensten Aufgabenfeldern entstanden sind.

Institutionelle Förderung mit lokaler Unterstützung

Nach unserer Auffassung ist es zentrale Aufgabe von Politik und Stadtverwaltung, dafür zu sorgen, dass ehrenamtlich Tätige Rahmenbedingungen für ihr Handeln vorfinden, in denen die Ausübung des Ehrenamtes Spaß und Freude bereitet. Dabei besteht die Herausforderung darin, für jeden Bereich ehrenamtlichen Engagements gezielt diejenige Unterstützung zu leisten, die gebraucht wird.

- » Wir werden deshalb prüfen, inwieweit es möglich ist, rasch wachsenden Vereinen für eine gewisse Zeit Zuschüsse für hauptamtliche Unterstützung zu geben.

Die Freiwilligen Feuerwehren

In der Stadt Göttingen und ihren Ortsteilen bestehen 13 freiwillige Feuerwehren. Viele Männer, Frauen und Jugendliche ab 16 Jahren unterstützen die Berufsfeuerwehr bei der Bekämpfung von Bränden und anderen Einsätzen, z. B. bei Unwetterschäden, Großveranstaltungen und Unfällen – oftmals unter Gefahr für Gesundheit und Leben. In ihren Kinder- und Jugendabteilungen bilden sie ihren eigenen Nachwuchs aus und sichern so dauerhaft ihren Fortbestand.

Viele Feuerwehrmänner und -frauen sind bei Einsätzen darauf angewiesen, dass ihre Arbeitgeber trotz bestehender gesetzlicher Regelungen Verständnis dafür zeigen, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit auch während der Arbeitszeit und nicht nach der hauptberuflichen Tätigkeit anfällt. Deshalb setzen wir uns dafür ein,

- » dass die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren Lehrgänge und Fortbildungen besuchen können, die erforderlich sind, damit sie ihre Aufgaben mit bestem Wissen und größtmöglichem Eigenschutz erfüllen können,
- » dass die städtischen Mittel, die für die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr im Haushalt bereitgestellt werden, die notwendigen Beschaffungen ermöglichen. Im Haushalt 2016 haben wir die von der Verwaltung hierfür zunächst bereitgestellten Mittel in Höhe von 12.000 EUR um 5.000 EUR erhöht,
- » dass die Kinder- und Jugendfeuerwehren mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die für eine erfolgreiche Ausbildung benötigt werden.

Dort, wo die Gebäude und Fahrzeughallen der freiwilligen Feuerwehren den Anforderungen der modernen Fahrzeuge und der Vorschriften nicht mehr entsprechen, werden wir wie bereits 2013/14 in Gronne und 2016 in Weende und Elliehausen im städtischen Haushalt die finanziellen Voraussetzungen für Baumaßnahmen für eine Verbesserung der örtlichen Situationen schaffen.

Hilfsorganisationen und Rettungsverbände

In Göttingen bestehen noch weitere Hilfsorganisationen, die sich den Schutz der Zivilbevölkerung und

die Hilfe in Notsituationen zur Aufgabe gemacht haben. Wir werden diese Organisationen weiterhin unterstützen.

- » Das Technische Hilfswerk Göttingen (THW) leistet in Katastrophenfällen herausragende Arbeit. Auch international sind die Helferinnen und Helfer im Einsatz – dies ist gelebte internationale Solidarität und dient der Völkerverständigung. Das THW Göttingen ist derzeit in Containern in der Industriestraße untergebracht.
- » Johanniter, Malteser und Deutsches Rotes Kreuz leisten sowohl mit Hauptamtlichen als auch mit Ehrenamtlichen Katastrophenschutz bei Hochwassern und ähnlichen Großschadensereignissen. Sie stellen bei Großveranstaltungen den Sanitätsdienst und bieten Schulungen für die Bevölkerung (z. B. Erste-Hilfe-Kurse) an.
- » Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung für das THW endlich einen dauerhaften Neubau auf den freien Flächen des ehemaligen Glunz-Geländes finanziert.

Sportvereine

Insgesamt 35.000 Menschen treiben in 117 Sportvereinen und 16 Sportfachverbänden, die es im Göttinger Stadtgebiet gibt, Freizeit-Sport. Um eine Vielzahl von Sportangeboten zu ermöglichen, sind in den Vereinen insgesamt mehr als 500 Übungsleiterinnen und -leiter engagiert. Sie leiten Trainingsstunden, Sportkurse und -einheiten. Sie sorgen besonders im Kinder- und Jugendbereich für Interesse und Spaß an Sport und Bewegung und vermitteln neben Grundlagen des Sports auch soziale Kompetenzen. Nicht zuletzt gelingt es ihnen oft, durch ihre offene Art und die besonderen Angebote des Vereins einen großen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten zu leisten. Sie zeigen, wie in Deutschland Schutz suchenden Menschen durch niedrigschwellige Sportangebote der Einstieg in Integrationsprozesse gelingt.

Oftmals werden Übungsleiter insbesondere im Kinder- und Jugendsport durch Eltern unterstützt, die ihre Kindern zu Trainings und Wettkämpfen bringen, bei Veranstaltungen für das leibliche Wohl sorgen und als Schiedsrichter fungieren.

Nicht weniger wichtig ist die Aufgabe der ehrenamtlichen Vorstände. 900 Göttingerinnen und Göttinger leisten als Mitglieder in Vereinsvorständen Herausragendes: Sie schaffen mit der Erledigung von rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Aufgaben die Grundlagen für funktionierendes Vereinsleben.

Mit der stadteigenen Sport- und Freizeit GmbH haben wir eine moderne Sportverwaltung die allen Sporttreibenden – gleich ob vereinsgebunden oder nicht – bestmögliche Angebote schafft und im Dialog mit Ihnen nach gemeinsamen Verbesserungen des alltäglichen Sportumfelds strebt.

In Göttingen wurde die erste Freiwilligenagentur Sport deutschlandweit gegründet. Sie ist beim Stadtsportbund Göttingen e. V. angesiedelt. Ihr Ziel ist die Zusammenführung von Menschen, die Interesse an ehrenamtlicher Arbeit im Sportverein haben. So wird Vereinen geholfen, die ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für ein bestimmtes Projekt oder Sportangebot benötigen. Der Stadtsportbund Göttingen als Servicedienstleister der Sportvereine berät Vereinsvorstände und ist Ansprechpartner für Göttingerinnen und Göttinger bei Fragen rund um den Sport. Für die Stadt hat der Stadtsportbund vor einigen Jahren die Mittelverteilung aus der Sportförderung übernommen und rechnet mit den Vereinen unbürokratisch die Mittel der Sozial-Card ab, mit der Vereinsbeiträge für Kinder und Jugendliche aus Familien mit staatlichen Transferleistungen oder mit geringem Einkommen erstattet werden. Die SPD-Göttingen würdigt diese wichtige Arbeit.

- » Wir werden daran festhalten, dass denjenigen Sportvereinen, deren Mitglieder zu 20 Prozent oder mehr Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind, die städtischen Sportstätten kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- » Im Zeichen des demografischen Wandels werden wir prüfen, ob diese 20-Prozent-Regelung auch auf Mitglieder über 65 Jahre angewendet werden kann.
- » Sie wird sich gegenüber Land und Bund dafür einsetzen, dass Übungsleiter für Ihre Tätigkeit eine steuerfreie Aufwandsentschädigung erhalten

und inwieweit dies auf andere Felder der ehrenamtlichen Arbeit übertragen werden kann.

- » Langfristig streben wir an, mit einem Bundesgesetz qualifizierte ehrenamtliche Arbeit durch Rentenpunkte zu kompensieren.
- » Sie wird sich gegenüber dem Land für den Erhalt des „Freiwilligen Sozialen Jahrens im Sport einsetzen, damit auch zukünftig an Ganztagsschulen – im Rahmen des die Angebotsqualität sichernden „Rahmenkonzeptes Ganztagsschule“ – Sportangebote möglich sind.
- » Sie wird die ideelle und finanzielle Unterstützung des Stadtsportbunds durch die Stadt Göttingen auch in Zukunft mit tragen und zugleich prüfen, ob die Sportförderung bei besseren finanziellen Rahmenbedingungen angehoben werden kann oder ob es sinnvoll und machbar ist, Zuschussmittel für Baumaßnahmen der Sportvereine im Haushalt einzustellen .

Schon bisher wurde durch viele kleine und mittelgroße Maßnahmen die Sportinfrastruktur gestärkt. Pläne der Stadt Göttingen sowie der stadteigenen Göttinger Sport- und Freizeit GmbH, auch in Zukunft bestehende Sportanlagen zu modernisieren, werden durch die SPD unterstützt. Auch die Umsetzung der von uns maßgeblich mitgetragenen Sportentwicklungsplanung werden wir weiter voranbringen

Stadtjugendring und Jugendverbände

Der Stadtjugendring Göttingen ist der Zusammenschluss von Göttinger Jugendverbänden. Er vertritt die Interessen der Göttinger Jugend gegenüber Politik und Gesellschaft. In seinen ca. 30 Einzelverbänden findet Freizeitgestaltung der unterschiedlichsten Formen für Kinder und Jugendliche statt, die die Persönlichkeitsentwicklung und soziales Verhalten fördern.

- » Wir werden uns auch zukünftig für die institutionelle Förderung des Stadtjugendrings, z. B. auch für ausreichende Fortbildungsmaßnahmen, stark machen. So werden wir sicherstellen, dass die Jugendverbände mit dem Stadtjugendring einen Partner haben, der ihre Interessen vertritt.

Kontakt:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),

SPD-Stadtverband Göttingen

Nikolaistraße 30

37073 Göttingen

Tel: +49 (0) 551 5031120

Mail: info@spd-goettingen.de